



## Inhaltsverzeichnis

	Seite
Protokoll Nr. 29 .....	1403
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr .....	1405
1 Legislaturrichtlinien 2001-2004: Schlussbericht .....	1406
2 Berner Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt – bip: Schlussbericht der städtischen Projektorganisation sowie Kreditabrechnung mit Nachkreditbegehren .....	1414
3 Interfraktionelles Postulat SP/JUSO, GB/JA!/GPB, GFL/EVP (Béatrice Stucki/Beat Zobrist, SP/Catherine Weber, GB) vom 20. Juni 2002: Zusammenlegung städtischer Informationsdienste – Einsparung dank Nutzen von Synergien; Prüfungsbericht.....	1417
Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 22.25 Uhr .....	1419
Dringlichkeitserklärungen .....	1420
4 Projekt für Prävention, Intervention und Toleranz PINTO für die Stadt Bern.....	1420
6 Motion Dieter Beyeler (SD): Ein neuer Standort für die Randständigenszene der Stadt Bern .....	1424
5 Interfraktionelle Motion GB/JA!/GPB, SP/JUSO, GFL/EVP (Catherine Weber, GB/Miriam Schwarz, SP/Peter Künzler, GFL) vom 20. September 2001: Kinder in der Lorraine: Betreutes Spielen für die Kleinsten; Abschreibung .....	1437
Eingänge .....	1438

**Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr**

*Vorsitzender*

Philippe Müller, 1. Vizepräsident

*Anwesend*

Hans Peter Aeberhard

Michael Aebersold

Raymond Anliker

Thomas Balmer

Oskar Balsiger

Vinzenz Bartlome

Christof Berger

Peter Bernasconi

Dieter Beyeler

Margrith Beyeler-Graf

Peter Blaser

Markus Blatter

Jsabelle Blunsky Scheidegger

Peter Bühler

Walter Christen

Anna Coninx

Conradin Conzetti

Dolores Dana

Martina Dvoracek

Karin Feuz-Ramseyer

Andreas Flückiger

Rudolf Friedli

Verena Furrer-Lehmann

Jacqueline Gafner Wasem

Hans Ulrich Gränicher

Thomas Göttin

Rolf Häberli

Ueli Haudenschild

Kurt Hirsbrunner

Stephan Hügli

Natalie Imboden

Mario Imhof

Urs Jaberg

Ueli Jaisli

Daniele Jenni

Michael Jordi

Stefan Jordi

German Kalbermatten

Daniel Kast

Rudolf Keller

Markus Kiener

Margareta Klein-Meyer

Andreas Krummen

Peter Künzler

Daniel Lerch

Liselotte Lüscher

Markus Lüthi

Corinne Mathieu

Erik Mozsa

Christoph Müller

Rosmarie Okle Zimmermann

Lydia Riesen

Simon Röthlisberger

Heinz Rub

Erich Ryter

Annemarie Sancar-Flückiger

Sabine Schärner

Doris Schneider

Rolf Schuler

Miriam Schwarz

Sylvia Spring Hunziker

Ernst Stauffer

Barbara Streit-Stettler

Ueli Stückelberger

Béatrice Stucki

Hans-Ulrich Suter

Max Suter

Martin Trachsel

Margrit Thomet

Christian Wasserfallen

Catherine Weber

Thomas Weil

Beat Zobrist

Andreas Zysset

*Entschuldigt*

Präsidentin Margrit Stucki-Mäder

Guglielmo Grossi

Christian Michel

Barbara Mühlheim

Beat Schori

*Vertretung Gemeinderat*

Klaus Baumgartner PRD

Therese Frösch DSO

Adrian Guggisberg HSE

Edith Olibet BUI

*Entschuldigt*

Ursula Begert DSI

Alexander Tschäppät PVT

Kurt Wasserfallen FPI

*Ratssekretariat*

Jürg Stampfli

*Stadtkanzlei*

Stephanie von Erlach

## 1 **Legislaturrichtlinien 2001-2004: Schlussbericht**

Geschäftsnummer 00.000063

### *Gemeinderatsantrag*

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Schlussbericht zu den Legislaturrichtlinien 2001-2004 des Gemeinderats.

### **Fraktionserklärungen**

*Christoph Müller* für die Fraktion FDP: Ich werde mich zum Kernthema Wohnen äussern. Als erstes eine positive Meldung: Wir sind erfreut, dass der Gemeinderat für diese Legislaturperiode die Wohnpolitik endlich als Kernthema erkannt hat. Unter dem Titel „Stopp der Stadtfucht, Wohnen in Bern“ versucht die FDP seit vielen Jahren zu zeigen, dass zwischen den Finanzproblemen der Stadt und der Abwanderung von Steuerzahlenden aus Mangel an Wohnraum ein enger Zusammenhang besteht. Die heutige Bilanz aus vier Jahren prioritärer Behandlung dieses Themas durch den Rot-Grün-Mitte-Gemeinderat kann aber in keiner Weise befriedigen. Wer den wohltonenden Bericht des Gemeinderats aufmerksam durchliest, findet durchaus in den wichtigen Anliegen 2.2 bis 2.6 kleine Erfolge, die wir anerkennen. Im zentralen Punkt 2.1 „Neue Wohnungen für Familien und hohe Ansprüche“ ist die Bilanz jedoch schlicht enttäuschend. Die Wohnungsproduktion in Bern ist während der ablaufenden Legislatur auf einem katastrophal tiefen Niveau geblieben. Die gesteckten Ziele sind nicht erreicht und die erzielte Produktion gleicht nicht einmal den gestiegenen individuellen Flächenbedarf eines einzigen Jahres aus. Um ein Bevölkerungswachstum von 4000 Einwohnern innerhalb von vier Jahren zu erreichen, müssen pro Jahr mindestens 400 Wohnungen bereitgestellt werden. Die erreichten ca. 70 Wohnungen pro Jahr sind bloss ein Tropfen auf den heissen Stein. Um eine wirksame und intelligente Wohnpolitik führen zu können, sind die angegebenen Indikatoren zu schwammig und zu wenig messbar formuliert. Was bedeutet eine Überbauungsordnung pro Jahr? Eine mit zehn oder mit hundert Wohnungen? Was ist eine namhafte Anzahl, um die sich der Wohnungsbestand vergrössern soll? Die Bilanz ist mehr als mager. Man fragt sich zwangsläufig, ob der RGM-Gemeinderat dies richtig anpackt. Dass diese Zweifel nicht einfach aus der Luft gegriffen sind, kann man auch dem Vorstoss entnehmen, den wir heute einreichen werden. Wir wollen festhalten, dass die FDP-Fraktion den Weg für die überparteiliche wohnpolitische Zusammenarbeit geebnet hat. Dabei hat sie ein sachliches Entgegenkommen gezeigt, für welches unsere Basis und die Mehrheit der Stimmbürger nicht genügend Verständnis aufgebracht haben. Auch wir haben zu wenig beachtet, wie empfindlich das Volk auf die Überladung von Planungen mit einer Vielzahl von Auflagen reagiert. Es wird nicht goutiert, dass von idealistisch abgehobenen Personen, ohne eigenen materiellen Einsatz, Vorschriften gemacht werden. Dem muss in Zukunft konsequent Rechnung getragen werden, wenn man nicht wieder solche Reinfälle erleben will.

Zusammenfassend gesagt: Die Wohnpolitik hat weiterhin eine grosse und wachsende Priorität. Die heutigen Ergebnisse sind zutiefst enttäuschend. Aus diesem Grund muss der Gemeinderat seine Vorgehensweise auf diesem Gebiet kritisch hinterfragen.

*Natalie Imboden* (GB) für die Fraktion GB/JA!/GPB: Der Gemeinderat legt uns heute die Bilanz der Legislaturrichtlinien und damit seiner politischen Schwerpunkte vor. Das Fazit lautet: 8/19 erreicht, 10/19 teilweise erreicht und 1/19 nicht erreicht. Die Selbstbeurteilung des Gemeinderats tönt etwas verklausuliert. Unsere Beurteilung der Umsetzung dieser 19 Kernmassnahmen ist „knapp gut“. Generell ist die Fraktion GB/JA!/GPB der Meinung, dass der

Gemeinderat in den letzten vier Jahren gute Arbeit geleistet hat. Die Mehrheit der Abstimmungsvorlagen wurde von der Bevölkerung angenommen, was ein Indiz für die gute Abstützung der Rot-Grün-Mitte-Politik ist. Gerade weil der Gemeinderat und damit die RGM-Mehrheit konkrete Erfolge vorweisen kann, hätte er in der vorliegenden Bilanz der Legislaturrichtlinien ein bisschen mehr Selbstkritik üben dürfen. Nun zu den Finanzen: Die Finanzen sind heute im Lot. Der Gemeinderat zieht hier eine mehrheitlich positive Bilanz. Die Finanzpolitik der letzten Jahre trägt Früchte. Dies zeigt besonders auch das ausgeglichene Budget 2005, altrechtliche Schulden, die abbezahlt werden können und punktuelle Verbesserungen, die trotzdem möglich sind. Probleme liegen beim Kanton und beim Bund, welche der Stadt in einem Fort finanzpolitische Hinkelsteine zuwerfen, wie zum Beispiel die anstehende Steuer-senkungsinitiative. Im Bereich Finanzen sind die Hausaufgaben gemacht worden. Für die regionale Zusammenarbeit hat der Stadtrat, mit der Einsetzung einer Agglomerationskommission, die Vorgaben des Gemeinderats sogar noch akzentuiert.

Im Bereich des Wohnens sieht es kritischer aus. Wir ziehen hier eine sehr durchgezogene Bilanz. Das Ziel des Gemeinderats, neue Wohnungen für Familien und für Leute mit hohen Ansprüchen – was nicht dasselbe ist – zu schaffen, wurde sicher nicht erreicht. Die Selbst-einschätzung ist hier ein wenig zu schönfärberisch. Planungsvorgaben sind ausgearbeitet worden, aber dies alleine genügt nicht. Unter dem Strich zählen nur die effektiv geschaffenen neuen Wohnungen. 250 Wohnungen während dreier Jahre sind nicht genug. Unsere Bilanz ist, dass die Stadt Bern, der Fonds und der Gemeinderat künftig eine aktivere Rolle einnehmen müssen. Rahmenbedingungen zu schaffen alleine, reicht nicht mehr. Die Stadt muss eine aktive Wohn- und Wohnbaupolitik betreiben. Wir sehen weitere kritische Punkte. Immerhin gibt es gute Ergebnisse im Bereich der Aufwertung von Wohnungen und der Partizipation. Schliesslich geht es auch darum, Personen, welche schon in der Stadt Bern wohnen, hier zu behalten. Wir vermissen aber verkehrspolitische Akzente. Dies wird in der nächsten Legislaturperiode eine grosse Aufgabe für den Gemeinderat sein. Es soll in Anlehnung an ein Papier, das die Umweltverbände zusammen mit den RGM-Parteien vorgestellt haben, eine Legislatur der Verkehrsberuhigung und der Aufwertung der Quartiere werden. Kritisch ist unsere Bilanz auch beim Punkt der besseren Durchmischung der Wohnquartiere. Der Gemeinderat selbst hat eingesehen, dass dies so nicht zu realisieren ist. Es ist ein Faktum, dass die Leute ihr Wohnquartier nicht nach dem Pass, sondern nach dem Portemonnaie aussuchen. Zwangsumsiedlungen vom Kirchenfeld nach Bern West können nicht das Ziel sein. Viele Leute, die heute in Bern West wohnen, würden vielleicht gerne ins Kirchenfeld ziehen, wenn dort preisgünstige Wohnungen vorhanden wären. Abhilfe schaffen kann hier nur das Schaffen von günstigem Wohnraum in allen Quartieren. Während der Gemeinderat in der Wohnpolitik von einigen Wermutstropfen spricht, orten wir hier Krokodilstränen. Es braucht in diesem Bereich grosse Anstrengungen in der nächsten Legislatur.

Beim Thema Integration und Sicherheit gibt es einige positive Punkte wie zum Beispiel die Kinderbetreuung. Im Bereich der Mitwirkung der Migrationsbevölkerung sehen wir aber weiteren Handlungsbedarf. Der Gemeinderat hat mit Konzepten, Leitbildern und Strukturen wichtige und gute Leistungen erbracht. Jetzt braucht es einen Quantensprung und zwar die Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Ausländer und Ausländerinnen in dieser Stadt. Es geht um die wirkliche Mitbestimmung der Migrationsbevölkerung, nicht nur um Partizipation. Wir erwarten in diesem Punkt vom Gemeinderat in der nächsten Legislaturperiode eine klare Strategie. Auf kantonaler Ebene sind entsprechende Gesetzesrevisionen in der Vernehmlassung, die Voraussetzungen werden also geschaffen. Die Stadt Bern soll in diesem Bereich eine Vorreiterrolle übernehmen. Ein abschliessendes Fazit für uns ist die Vergabe einer „knappen Note 5“, und das verweisen auf drei Schwerpunkte für die nächste Legislatur: Wohnen, Verkehrsberuhigung und Partizipation aller Stadtbewohner.

*Margrit Thomet* (SVP) für die Fraktion SVP/JSVP: Heute legt uns der Gemeinderat seinen Schlussbericht zu den Legislaturrichtlinien 2001 bis 2004 vor, in welchen er besonderes Gewicht auf die Sanierung der Finanzen, die Förderung von Wohnungsbau, die Integration und die Sicherheit legte. Der Gemeinderat kommt zum Schluss, dass Bern eine Stadt mit hoher Lebensqualität ist. Auch Personen in schlechten Lebensumständen fängt unser sehr gut ausgebautes Sozialnetz auf. Doch hat die rot-grüne Mehrheit im Stadtberner Parlament und in der Regierung die empfindliche Balance, welche zum Wohlergehen aller beiträgt, gefährdet. Sie ist im Begriff, diese mit kleineren und grösseren, unverständlichen Massnahmen zu zerstören. Bei den Finanzen haben sicher die Haushaltverbesserungsmassnahmen geholfen die Situation zu verbessern. Eine viel grössere Entlastung aber haben die Aufgabenübertragungen in Bildung und Gesundheit an den Kanton, Verkäufe von Schulhäusern an den Kanton und die Auslagerung der Gebäudebewirtschaftung gebracht. Wir konnten mit einem Teil der Gewinne unerwartet viele Schulden abbauen. Die Voraussetzungen für eine gesunde Stadtkasse wären also gegeben. Trotzdem hat die linke Mehrheit in den letzten Jahren das wirtschafts- und gewerbefeindliche Instrument der Gebührenerhebung massiv eingesetzt und sogar noch erhöht, damit die, von den Linken geforderten, neuen Staatsleistungen finanziert werden können. Trotz gemachter Gewinne und Finanzentlastungen werden Investitionen im Unterhalt von Gebäuden sträflich vernachlässigt, da die Ausgabefreudigkeit der Linken unseren Finanzrahmen bei weitem überschreitet. Die Investitionen können nicht einmal vollständig mit eigenen Mitteln gedeckt werden. Punkto Wohnungsbau ist in der vergangenen Legislatur sehr wenig umgesetzt worden. Es wurden zwar viele neue Zonenpläne und Überbauungsordnungen zur Genehmigung vorgelegt, doch die Beschränkungen bei Autoabstellplätzen und Nutzungsart haben die Realisation verhindert. Ich denke dabei an Gangloff, Ausserholligen, Weiermannshaus und vor allem ans Viererfeld. Diese Planung ist mit der Forderung nach autofreiem Wohnen kläglich gescheitert. Auch die restriktive Praxis im Bewilligungsverfahren für Um- und Mehrnutzung von bestehendem Wohnraum ist schädigend für die Wohnstadt Bern. Die ideenreichen Investoren werden längerfristig in die benachbarten Gemeinden vertrieben. Für die mittleren und hohen Ansprüche ist im Wohnungsbau also wenig oder nichts passiert. Die Bilanz ist negativ. Die gesetzten Ziele wurden nicht teilweise, sondern überhaupt nicht erreicht. Die staatliche Wohnbauförderung und die „überparteiliche Wohnpolitik“ sind gescheitert. In der bevorstehenden Revision der städtischen Bauordnung können wir alle mit-helfen, dass die Baubewilligungsverfahren vereinfacht und rascher erteilt werden. Wir begrüsen die laufende Sanierung der Finanzen im Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik und erwarten ein zügiges Fortfahren der neuen Strategie.

Dass das Ziel „Bessere Durchmischung der Wohnquartiere“ nicht erreicht worden ist, erstaunt uns nicht. Die Stadt kann niemandem vorschreiben, wo er oder sie zu wohnen hat. Weder der ausländischen Bevölkerung noch den Einheimischen können diesbezüglich Auflagen gemacht werden. Der von den Linken geforderte Billigstwohnraum ist nicht nur wirtschaftlich sinnlos, sondern leistet auch einer Gettoisierung gewisser Bevölkerungsgruppen Vorschub. Für die Lärmbekämpfung hat der Stadtrat ein Sanierungsprogramm bewilligt. Wir begrüsen sinnvolle Massnahmen, lehnen aber übertriebene Forderungen, wie Poller oder Zellenlösungen ab. Auch mit Verkehrsberuhigungsmassnahmen müssen die Quartiere und das Zentrum für den MIV erreichbar bleiben. Bei der Bewertung des Wohnumfeldes sind wir nicht mit allen Aussagen des Gemeinderates zufrieden. Gemäss Aussage der Stadtgärtnerei haben die Vandalenakte nicht abgenommen und die Drogenszene ist nach wie vor ein grosses Problem. In der Förderung der Integrationsarbeit wurde in der vergangenen Legislatur viel gemacht, um den Ausländern die Integration zu ermöglichen. Hier erwarten wir aber auch, dass die Ausländerinnen und Ausländer ihren Teil zur Integration beitragen. Nicht einverstanden sind wir mit den Bestrebungen, das Stimm- und Wahlrecht für die ausländische Bevölkerung einzuführen. Das Dienstleistungsangebot für betagte Menschen ist für die SVP/JSVP wichtig. Die Spitex ist

ein sehr bedeutender Leistungserbringer, da so betagte Menschen viel länger in ihrem vertrauten Zuhause bleiben können. Es ist erfreulich, dass im städtischen Altersheim Kühlewil und in den Domizilheimen Schöneegg, Baumgarten und Alexandra in der vergangenen Legislatur die Gebäude und das Pflegeangebot den heutigen Bedürfnissen angepasst worden sind. Im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung ist das Angebot über unsere finanziellen Verhältnisse ausgebaut worden. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass ein Ausbau nur mit der finanziellen Unterstützung des Kantons vertretbar ist. Auch in der heutigen, modernen Zeit liegt die Erziehungsverantwortung vor allem bei den Eltern. Der Staat kann uns diese Aufgabe nicht abnehmen. Wir unterstützen den Gemeinderat bei einer gezielten Attraktivierung der Volksschulen. In der vergangenen Legislatur ist aus unserer Sicht viel zu wenig getan worden. Die unterschiedlichen Schulmodelle verhindern ein einheitliches Lernsystem, das für Schüler und Lehrer wichtig wäre. Die übertriebene Experimentierlust ist für die Lehrerschaft und die Schüler belastend. Die Schulreform, von der wir vor allem eine Reduzierung der Schulkreise erwarten, ist nicht umgesetzt worden. Auch das Problem der Klassen mit überwiegend fremdsprachigen Kindern konnte bis jetzt nicht gelöst werden. Hier besteht trotz der Einführung der Schulsozialarbeit noch ein grosser Handlungsbedarf. In der Investitionsplanung muss unbedingt die Sicherung der Schulwege prioritär behandelt werden. Hier geht der Gemeinderat zu wenig gezielt vor. Im Gebiet Bümpliz-Oberbottigen-Riedbach zum Beispiel warten die Eltern und die Lehrerschaft seit gut dreissig Jahren auf eine Realisierung der Schulwegsicherung. Auch die Sicherheit im öffentlichen Raum wurde vom Gemeinderat in der vergangenen Legislatur stark vernachlässigt. Man sollte sich zu jeder Tages- und Nachtstunde sicher in unserer Stadt aufhalten und bewegen können. Dies trifft heute nicht mehr zu. Es besteht ein grosser Handlungsbedarf. Zusammenfassend stellt die SVP/JSVP-Fraktion fest, dass in diesem Bericht der gute Wille des Gemeinderats zum Ausdruck kommt, dass aber, in Folge einer links-grün dominierten Machtpolitik, viele definierte, für die Stadt Bern sehr wichtige Ziele nicht erreicht werden konnten. Aus diesen Gründen kommen wir zum Schluss, dass die Finanz-, Wohnbau- und Sicherheitspolitik des Gemeinderats gescheitert ist.

*Ueli Stückelberger* (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Unsere Aufgabe als Parlament ist es, die Arbeit des Gemeinderats zu würdigen und nicht, alles nur durch die parteipolitische Brille anzusehen. Meine Wahrnehmung der Dinge ist eine etwas positivere. Ich schätze Bern als eine lebendige, lebenswerte Stadt ein. Die Zufriedenheit ist gross. In den letzten Jahren ist sicher keine Verschlechterung festzustellen. Der Schlussbericht ist klar, übersichtlich und aussagekräftig. Die Ziele waren zum Teil ehrgeizig, zum Teil nicht sehr aussagekräftig. Man kann die Ziele auch nicht alleine an der Erreichung der Indikatoren messen. Das Instrument der Legislaturrichtlinien ist aber gut und wir sind überzeugt, dass es fortgeführt werden soll. Der Schwerpunkt Wohnen muss sicher in der Legislaturplanung 2005 bis 2008 beibehalten werden. Punkto Finanzen sehen wir Handlungsbedarf im Bereich des Entwicklungsschwerpunkts Ausserholligen, betreffend Stadtbauten und bei den Investitionen im Tiefbaubereich. Ausschlaggebend ist für uns aber, dass wir, bei gleich bleibenden Steuern, eine Stabilisierung der Finanzsituation erreichen konnten. Auch Schulden konnten abgebaut werden. Im Bereich Finanzen hat der Gemeinderat gut gearbeitet. Eine durchgezogene Bilanz ziehen wir im Bereich Wohnen. Der Handlungsbedarf in diesem Bereich ist erst vor circa zwei Jahren erkannt worden. Jetzt sehen wir da auch eine gute Aktivität seitens des Gemeinderats. Bei neuen Wohnungen für Familien besteht aber dringender Handlungsbedarf. Dieses Ziel ist nicht erreicht, es wurde viel zu wenig getan. Auch die bessere Durchmischung von Wohnquartieren muss ein Ziel bleiben. Wenn man hier etwas erreichen will, braucht es langfristige Massnahmen. Integration und Sicherheit ist ein schwieriges Thema. An der Schnittstelle und bei der Zusammenarbeit von Polizei und Fürsorge konnte jedoch eine Stabilisierung und Normalisierung herbeigeführt werden. Ein wichtiges Ergebnis daraus ist PINTO. Wir sind überzeugt, dass es

bei der externen Kinderbetreuung Fortschritte gegeben hat und unterstützen weiter die Attraktivierung der Volksschulen. Die Gesamtheit der Bemühungen in diesem Bereich erachten wir als genügend bis gut.

Zusammenfassend vergeben wir ein „cum laude“. Wichtig ist, dass in diesem Sinne weitergearbeitet wird. Wir erwarten auch, dass die Ziele in der neuen Legislaturplanung klarer messbar formuliert werden und in den Kapiteln die relevanten Punkte herausgestellt werden.

*Raymond Anliker* (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Vor fast drei Jahren habe ich darauf hingewiesen, dass die Ziele, die sich der Gemeinderat damals gesetzt hatte, richtig gewesen sind. Dass sie einer vernünftigen, pragmatischen Politik entsprechen und sich wohltuend von den politpopulistischen Forderungen abheben, die oft in Wahlkämpfen gestellt werden. Ich habe gesagt, man hole sich keine Lorbeeren, wenn man sich für unspektakuläre Themen wie die Integration der ausländischen Bevölkerung, die Schulwegsicherung und den Verkehrsunterricht einsetze. Das gleiche gilt heute immer noch. Eine verantwortungsvolle Politik zeichnet sich dadurch aus, dass sie sich an den Menschen orientiert, dass sie den Service public aufrecht erhält, dass sie haushälterisch mit den Ressourcen umgeht und dass sie in die Zukunft investiert. Im Rückblick zeigt sich, dass der Gemeinderat das Instrument der Legislaturrichtlinien klug eingesetzt hat. Es sind brauchbare Indikatoren, vernünftig formuliert und überprüfbar. Die Bilanz ist leicht lesbar, übersichtlich, ehrlich und beschönigt nichts. Durch die Legislatur hindurch haben wir gemerkt, dass die Richtlinien als Leitplanken für das Handeln in den Schwerpunktbereichen Beachtung fanden. Das politische Wirken des Gemeinderats war zielgerichtet und verfügte über einen klar definierten Zeithorizont. Daneben hat die Fokussierung auf die Legislatorschwerpunkte nicht dazu geführt, dass man andere Bereiche vernachlässigt hätte. Vergleiche ich das vorliegende Resultat mit unseren Erwartungen vom Januar 2002, komme ich zum Schluss, dass der Gemeinderat seine Aufgaben gemacht und gut gearbeitet hat. Auf der sachpolitischen Ebene hat der amtierende Gemeinderat Beachtliches geleistet. Im Kernbereich Finanzen ist zu betonen, dass die Haushaltsanierung gelungen ist. Die altrechtlichen Bilanzfehlbeträge können konsequent abgebaut werden. Der Gemeinderat hat trotz schwierigen äusseren Bedingungen seine soziale Verantwortung wahrgenommen und wird dies auch in Zukunft tun. Die Budgets sind ausgeglichen und die Rechnungen weisen Gewinne aus. In der Umsetzung von NSB teilen wir die Ansicht des Gemeinderats bezüglich der Zielerreichung nicht. Wir sind klar der Meinung, dass dieses Ziel erreicht worden ist. Das kürzlich verabschiedete Produktegruppenbudget zeigt dies. Auch die Auswertung wird dies bestätigen können. Gerade im Zusammenhang mit der Finanzlage ist der Blick auf die Wohnbautätigkeit von grosser Bedeutung. Wir wollen die Bewohnerinnen und Bewohner hier in der Stadt Bern behalten und neue dazugewinnen. Dafür braucht es neue Wohnungen für alle Schichten. Die Erntezeit für die planungs- und baureifen Gebiete fällt wohl erst in die nächste Legislatur. Die Verantwortung dafür allein dem Gemeinderat zuzuschieben ist falsch. Beim Viererfeld ist uns im Parlament eine ausgewogene Kompromissvorlage gelungen. Erst das Ausscheren einzelner Parteien bei der Parolenfassung hat dem Viererfeld den Todesstoss versetzt, nicht die Vorlage des Gemeinderats. Die angestrebte ausgewogenere Zusammensetzung der Quartierbevölkerung ist ausgeblieben. Wir orten hier nach wie vor eine zentrale Herausforderung für die nächste Legislatur. Eine vernetzte Stadtentwicklungsstrategie, wie wir sie uns von der neuen Organisationsform innerhalb der Verwaltung erhoffen, muss mit ausdifferenzierten, gezielten Massnahmen zur Aufwertung belasteter Gebiete beitragen.

Zum dritten Kernbereich Integration und Sicherheit: Die tatsächliche Integration der Migrationsbevölkerung hat durch die spürbare Integrations- und Migrationspolitik von Frau Gemeinderätin Olibet grosse Fortschritte gemacht. Es ist richtig, hier beharrlich weiter zu arbeiten, trotz der Ausgrenzungsforderungen gewisser Parteien. Ausgrenzung verschärft die Situation nur. Im Bereich des Dienstleistungsangebots für Betagte können wir eine befriedigende Bilanz

ziehen. Die Fraktion SP/JUSO hat in der vergangenen Legislatur wichtige Beiträge zur so genannten Seniorenpolitik geliefert. Wir fordern heute als Ergänzung zum bereits Erreichten mehr preisgünstige Wohnangebote für Hochbetagte mit kleinem Einkommen. Wir orten in diesem Bereich ein klares Defizit und eine grosse Belastung. Der Bilanz zu den sicheren Verkehrswegen führen wir der Vollständigkeit halber noch hinzu, dass auf Bestreben der SP/JUSO-Fraktion der Beratungsdienst für Verkehrssicherheit personell ausgebaut werden konnte. Wir versprechen uns davon in der Prävention, wie auch bei aktuellen oder akuten Problemen der Verkehrssicherheit einiges. Als Fazit stellen wir fest, dass durch das im Bericht beschriebene Wirken von Regierung und Verwaltung Bern an Lebensqualität gewonnen hat, dass die zur Verfügung stehenden Ressourcen vernünftig und gut eingesetzt worden sind und dass wichtige Entwicklungen initiiert oder weiterverfolgt worden sind. Diese Leistung gilt es heute zu betonen. Unsere Regierung ist besser als ihr Ruf. Denn trotz Regierungskrise und trotz anhaltend unkollegialem Verhalten eines Regierungsmitglieds wurde zielgerichtet weitergearbeitet. Die Resultate liegen vor. Für die kommende Legislatur ortet die SP/JUSO-Fraktion folgende Schwerpunkte: Arbeit und Bildung. Die Arbeitslosenzahlen insbesondere bei Jugendlichen sind alarmierend. Eine Verschärfung der Situation zeichnet sich ab. Hier nur auf die selbsteilenden Kräfte der Wirtschaft zu warten wäre fatal und zeugt von Verantwortungslosigkeit. Die öffentliche Hand hat die Aufgabe, Angebote zu initiieren oder selber bereit zu stellen. Wer keine Ausbildungsstelle oder keinen Arbeitsplatz hat, ist nicht einfach selber schuld daran. Wer so argumentiert, hat keinen Respekt vor dem Schicksal der Menschen. Die Entwicklung zu Lasten der Gemeinden im Bereich Fürsorge- und Ergänzungsleistungen lässt uns dem Gemeinderat empfehlen, im Sozialbereich einen weiteren Legislaturschwerpunkt zu setzen. Dasselbe schlagen wir für die Verkehrspolitik vor. Als zentralste Querschnittsaufgabe für alle Direktionen gilt es, eine nachhaltige, alle Bereiche umfassende Stadtentwicklung anzustreben. Neben planerischen Fragen müssen dazu Kernmassnahmen in der Wohnbaupolitik, der Integrationspolitik und der Agglomerationspolitik weiterverfolgt oder neu formuliert werden. Damit schaffen wir die Grundlage für eine kontinuierliche Stadtentwicklung zum Wohle aller, die in Bern leben, arbeiten oder sich bewegen. Wir nehmen den Bericht des Gemeinderats positiv zur Kenntnis.

*Markus Kiener* für die Fraktion FDP: Ich werde mich zum Thema Finanzen äussern. Der Gemeinderat schreibt auf Seite 6 des Schlussberichts, dass die Steueranlage während der ganzen Legislaturperiode auf gleichem Niveau geblieben ist. Leider ist sie gleich geblieben – gleich hoch. Die Steuereinträge sind gestiegen. Dies ist sicherlich nicht auf die Arbeit des Gemeinderats zurückzuführen. Aufgrund der finanziellen Misswirtschaft der letzten 12 Jahre ist die Investitionspolitik abgestellt worden. Die Stadt Bern kann aufgrund dieser finanziellen Lage, wichtige und notwendige Impulse nicht an die Wirtschaft weitergeben. Auch die notwendigen Unterhaltskosten werden vernachlässigt, was zu schweren Folgekosten führen wird. Die vom Gemeinde- und Stadtrat beschlossenen Mehrausgaben sind weitere Faktoren für eine, hinsichtlich der Finanzen, ungünstige Zukunft dieser Stadt. Die FDP ist nicht für ein Todsparen, aber für ein sinnvolles Einsetzen der Mittel, wovon wir heute immer noch weit entfernt sind. Die Aussage auf Seite 13 des Berichts, dass die Stadt Bern mit der Steuerverwaltung des Kantons um weitere Steuerexperten verhandelt, bedrückt uns. Dies ist ein Krieg gegen Klein- und Mittelbetriebe, im speziellen gegen Einzelunternehmen. Diese Aussage deutet darauf hin, dass hier eine Branche – die Klein- und Mittelbetriebe inklusive der Treuhandfirmen – als unglaubwürdig dargestellt wird. In jeder Berufsgruppe gibt es schwarze Schafe. Dies ist aber kein Grund, alle in denselben Topf zu werfen. Dieser Aufruf fördert die Umwandlung von Einzelunternehmen in GmbHs und Aktiengesellschaften. Dies hat wiederum einen Verlust der Steuerkraft zur Folge. Bei der Einführung der neuen Veranlagungsperiode wurde uns eine effizientere Steuerverwaltung versprochen. Leider habe ich im Budget 2005 dort keine Einsparungen

feststellen können. Abgesehen davon müsste man eher Personen anstellen, welche den Missbrauch von Sozial- und Fürsorgeleistungen kontrollieren. Dort wäre das Sparpotential vermutlich grösser. Wir möchten aber auch loben, zum Beispiel das Projekt PRIMA der Fürsorgedirektion. Diese will Aufträge an die Privatwirtschaft vergeben und dadurch intern auf Neustellen verzichten, da diese weit kostspieliger wären. Wir wollen nicht nur kritisieren, sondern auch die Fortschritte des Gemeinderats und der Verwaltung sehen. Leider sind diese die Ausnahmen.

*Hans Peter Aeberhard* für die Fraktion FDP: Ich werde mich zum Integrationsproblem, zu den Dienstleistungen für die Betagten, zur Attraktivierung der Volksschulen und zur Sicherheit im öffentlichen Raum äussern. Mit dem Projekt PINTO, das wir unterstützen werden, ist gesagt, dass die FDP dem Gemeinderat für die geleistete Arbeit im Bereich der Integration von Familien Respekt zollt. Was nach Meinung der FDP nicht gelungen ist, ist die Integration derjenigen Personen, welche sich nicht im Bereich von Familien aufhalten. Damit sind vor allem Jugendgruppen diverser Herkunftsländer gemeint. Dass sich innerhalb solcher Gruppen regelrechte Gettos bilden, lässt sich den Kriminalitäts- und Gerichtsstatistiken entnehmen. Solange sich ausländische Jugendliche nur in der Nacht unter ihresgleichen treffen und dort Schwierigkeiten produzieren, solange hat keine Integration stattgefunden. Eine Maximallösung wird die FDP aber auch in Zukunft nicht unterstützen. Wir sind der Meinung, dass die zur Verfügung gestellten Massnahmen für betagte Menschen ausreichen. Die eingeschlagene Richtung kann somit beibehalten werden. Auch der Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung ist gelungen. Wir sind allerdings der Meinung, dass der Ausbau fortgesetzt werden soll, da die Anzahl wartender Kinder auf einen Platz in einer Kindertagesstätte immer noch relativ hoch ist. Die Attraktivierung der Volksschulen ist uns wichtig. Die Abwanderung in Privatschulen ist nach wie vor hoch. Gründe sind vermutlich, dass wir kein Einheitsmodell haben. Für schwache Verkehrsteilnehmende ist die Stadt Bern sicherer geworden und die Ziele sind teilweise erreicht. Allerdings darf nicht unter dem Vorwand von sicherer Verkehrsführung, Verkehrsbehinderung betrieben werden. Bei der Verbesserung der Sicherheit im öffentlichen Raum wurden sehr formale Ziele gesetzt und wichtige Punkte konnten nicht realisiert werden. Wie der Gemeinderat die tatsächliche Sicherheit im öffentlichen Raum zu erhöhen gedenkt, steht nicht im Bericht. Im Bereich der Eindämmung von Demonstrationen oder kriminellen Jugendgruppen wurde das Ziel der höheren Sicherheit klar nicht erreicht.

Daniel Kast (CVP) für die Fraktion CVP/ARP: Wir anerkennen, dass der Gemeinderat und die Verwaltung vieles geleistet haben, obwohl wir etliches anders gemacht hätten. Wir streben in folgenden Punkten noch eine Verbesserung an: Finanzen, Durchmischung von Wohnquartieren und Schulwesen. Trotz steigender Steuerkraft sind die finanziellen Aussichten düster. Es wurde zuviel für fragwürdige Verkehrsprojekte und für unnötige, institutionelle Ausbauten ausgegeben. Es wurden Events und Volkserziehungsmassnahmen unterstützt. Diese wirken unserer Meinung nach nicht nachhaltig. Im Gegenzug dazu fehlt uns das Geld, um jedes Jahr ein Schulhaus zu sanieren, was bitter nötig wäre. Auch das Mobiliar an den Schulen ist in einem skandalösen Zustand. Bei der Durchmischung der Wohnquartiere sehen wir eher gegenteilige Entwicklungen als die geplanten, eine Entmischung statt einer Durchmischung. Um diesem Problem entgegenzutreten ist mehr nötig, als nur das Bauen neuer Quartiere. Das Bauen neuer Quartiere ist zwar eine gute Strategie, genügt allein aber nicht. Es braucht Sicherheit im öffentlichen Raum und ein qualitativ guter Schulunterricht in Quartieren mit hoher Sozialbelastung. Einige der Indikatoren zur Attraktivierung der Volksschulen zeugen mehr von Sozialromantik, als von Kenntnissen der realen Situation. Bei Schulen mit einem hohen Sozialbelastungsfaktor braucht es mehr Ressourcen pro Schüler. Spezialmassnahmen, wie die Schulsozialarbeit oder der Spezialunterricht, entschärfen gewisse Spitzen von Problemen,

aber die soziale Belastung beeinträchtigt den Unterricht dennoch. Die Schulklassen sollten in betroffenen Gebieten kleiner sein als anderswo. Sollen die Probleme dieser Quartiere wirklich gelöst oder entschärft werden, braucht es eine gesamtstädtische Solidarität. Der komplett falsche Weg ist der Integrationsartikel, der uns die Direktion für Bildung als Hilfsmittel anpreist. Denn dadurch, dass mehr Schüler in die Normalklassen geschickt werden, erhöht sich die soziale Belastung in diesen Klassen enorm und hält Familien ab, in Einzugsgebiete solcher Schulen zu ziehen.

*Daniele Jenni* (GPB): Der Gemeinderat hat sich vor vier Jahren nicht verpflichtet, neue Wohnungen zu schaffen, die für einkommensschwache Familien zahlbar sind. Über dieses nicht erfüllte Ziel spricht er auch nicht. Verpflichtet hat er sich hingegen, Wohnungen für hohe Ansprüche zu bauen, was ihm zum Teil auch gelungen ist. Es braucht aber keine Wohnungen für reiche Leute, sondern für andere, die sie wirklich nötig haben. Die Wohnungen sollen aber sicher nicht auf Grünflächen, die für die Attraktivität der Stadt nötig sind, zu stehen kommen. Auch für Sicherheit im öffentlichen Raum hat sich der Gemeinderat verpflichtet, die Wahrung und Sicherung der Grundrechte, ein Punkt, der meiner Meinung nach dazugehört, wird aber nirgends erwähnt. Das ist eine grobe Einseitigkeit. Wenn man die subjektive Sicherheit immer mehr verstärken will, ohne die Massnahmen beispielsweise der Polizei zu hinterfragen, ist die Einseitigkeit unvermeidbar. Diese hat schwerwiegende Folgen. Diese Legislaturrichtlinien zu kommentieren ist im Grunde genommen überflüssig. Sie behandeln das, was der Gemeinderat behandeln haben will und andere wichtige Punkte lassen sie weg. Es ist eine Auswahlensendung aus einer einseitigen Sicht, die die Stadt nicht vorwärts bringen kann.

*Raymond Anliker* (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Wir teilen die Ansicht der FDP, dass der Schuldendienst uns finanziell einschränkt. Ich möchte aber anmerken, dass es auch noch eine volkswirtschaftliche Sichtweise hinsichtlich der Bedeutung von Schulden gibt. Es trifft nicht zu, dass RGM Schulden anhäuft. Im Gegenteil bauen wir den altrechtlich aufgelaufenen Bilanzfehlbetrag konsequent und erfolgreich, mit Vorsprung auf den kantonalen Finanzplan, ab. Dieser Fehlbetrag stammt unter anderem auch noch aus der Zeit des bürgerlichen Berns. Die Legislatur war geprägt von Rechnungsgewinnen und die Ausgabenseite konnte auf tiefem Niveau stabilisiert werden.

Stadtpräsident *Klaus Baumgartner* für den Gemeinderat: Zuerst möchte ich unserer Verwaltung, die immer motiviert war, mitgezogen, mitgedacht und mitumgesetzt hat, danken. Es hat mich gefreut, dass man anerkennt, dass der Gemeinderat Leistungen erbracht hat. Nicht nur diejenigen, welche der Bericht ausführt, sondern daneben auch den „courant normal“, wo wir auch einige Projekte vorwärts gebracht haben. Auch das ist zu würdigen. Der Gemeinderat will sich mit diesem Bericht nicht Selbstverherrlichen. Dies wäre völlig falsch. Dass die Regierungskrise unsere Arbeit kaum beeinträchtigt hat, haben wir immer betont. Wohnungsbau im Gebiet der Stadt Bern können wir indirekt fördern, indem wir schauen, dass die planungs- und baurechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um vorhandene Projekte speditiv umsetzen zu können. Land, das wir selbst überbauen könnten, ist wenig vorhanden. Neue Projekte, wie zum Beispiel im Viererfeld, lösen politische Kontroversen aus und werden so verhindert. Herr Daniele Jenni hat den gehobenen Wohnungsbau kritisiert. Wir müssen aber auch schauen, dass die Stadt gut durchmischt bleibt und auch der Mittelstand zum Wohnen in die Stadt kommt. Wir sehen, dass viele Leute mit grösseren Einkommen wieder bereit sind, in die Stadt zu ziehen. Auch für diese Personen muss etwas getan werden. Davon profitiert die Stadt steuermässig. Dies gibt uns wiederum die Mittel, soziale Einrichtungen zu fördern. Wir hoffen, dass man in der nächsten Legislatur sehen wird, dass in diesem Bereich viel mehr möglich ist. Dies hängt aber nicht alleine von der Stadt ab, sondern zu einem grossen Teil

auch von Hauseigentümern, Landbesitzern, Promotoren und vor allem auch von ihnen als Stadtpolitiker und -politikerinnen. Um mehr Integration zu erreichen, sind wir auf die Bevölkerung und auch auf die verschiedenen Institutionen und Parteien angewiesen. In der Schule ist die Integration ein besonders grosses Problem. Ich finde es bedenklich, dass diesem Gemeinderat, der sich bemüht hat, Geschäfte zu verabschieden, hinter denjenigen alle Parteien stehen konnten, RGM-Machtpolitik vorgeworfen wird. Zu den Finanzen wurde etliches gesagt. Ich kann dem nur hinzufügen, dass wir es geschafft haben, Schulden zu tilgen. Im Bereich der Steuern versuchen wir mit den Bemühungen des Kantons Schritt zu halten. Es freut uns, dass wir Hinweise für die neue Legislaturrichtlinien erhalten haben und wir werden sicherlich an diese anknüpfen. Wir werden wiederum versuchen, diese möglichst konkret zu entwerfen, damit klar beurteilt werden kann, ob man in einem Bereich Fortschritte gemacht hat oder nicht. Zur Sicherheit im öffentlichen Raum möchte ich nur sagen, dass diese Stadt für den grössten Teil der Bewohner und Besucher als eine sichere und saubere Stadt gilt. Jede grössere Stadt kämpft mit denselben Problemen. Vielleicht wird man in der nächsten Legislaturperiode mehr Personal im Sicherheitsbereich anstellen, zum Beispiel in Form von Strassenpatrouillen. Ich möchte allen Votantinnen und Votanten danken und nehme für mich und meine Kollegen mit, dass wir nicht so schlecht gearbeitet haben. Ebenfalls danken möchte ich meinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat.

### **Beschluss**

Der Stadtrat nimmt den Schlussbericht der Legislaturrichtlinien 2001 bis 2004 mit 44 : 8 Stimmen bei 12 Enthaltungen zustimmend zur Kenntnis.

## **2 Berner Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt – bip: Schlussbericht der städtischen Projektorganisation sowie Kreditabrechnung mit Nachkreditbegehren**

Geschäftsnummer: 99.000469

### *Gemeinderatsantrag*

1. Der Stadtrat genehmigt die vom Gemeinderat vorgelegte Kreditabrechnung betreffend Berner Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt – bip.  

Bewilligter Kredit gemäss Stadtratsbeschluss	Fr. 410 000.00
vom 27. Januar 2000	Fr. 420 094.05
Effektive Kosten	Fr. 10 094.05
Kreditüberschreitung (2,5%)	Fr. 10 094.05
2. Für die nicht teuerungsbedingten Mehrkosten bewilligt der Stadtrat gemäss Artikel 21 a der Gemeindeordnung einen Nachkredit von Fr. 10 094.05.

*Béatrice Stucki* (SP) für die Kommission BAK: Mit einer Kostenüberschreitung von 10 049 Franken oder 2,5% ist die Kreditüberschreitung, für ein dreijähriges Projekt mit viel zeitaufwändiger Sensibilisierungsarbeit, gering ausgefallen. Sie ist im Wesentlichen bei der Berechnung des Aufwands der Projektleitung zu suchen. Der Aufwand wurde schlicht unterschätzt. Es ist auch anzumerken, dass im Kreditantrag keine Reserve eingeplant war und der Kanton sich finanziell nicht im angenommenen Rahmen beteiligt hat. Es ist allerdings zu sagen, dass beim Kanton seit 1998 eine Mitarbeiterin zu rund 30% für dieses Projekt arbeitete. Das Finanzinspektorat hat dem Gemeinderat beantragt die Kreditabrechnung zu genehmigen. Dasselbe empfiehlt die BAK.

*Catherine Weber* (GB) für die Kommission BAK: Am 27. Januar 2000 hat der Stadtrat über den Antrag zu einem Berner Interventionsprojekt gegen Männergewalt diskutiert. Die damalige GPK stellte den Antrag, den Titel auf „Häusliche Gewalt“ zu ändern. Es gab auch Vorbehalte gegen den Projektkredit in der Höhe von 410 000 Franken. Die FDP stellte einen Rückweisungsantrag, der aber, wie auch der Antrag, dem Projekt 10 000 Franken weniger zu geben, abgelehnt worden ist. Auch inhaltliche, grundsätzliche Widerstände gegen das Projekt wurden geäußert. Schliesslich passierte der Projektkredit den Stadtrat mit 45 : 4 Stimmen bei 23 Enthaltungen. In einem Punkt waren sich wohl alle einig und sind es bis heute, dass der Kanton mehr hätte leisten können und noch leisten muss. Immer wieder ist die Frage aufgetaucht, was der tatsächliche Nutzen, auch finanziell gesehen, dieses Projektes sei. Es gibt eine vorsichtige Schätzung, dass in diesem Bereich von Gewalt für den Kanton Bern jährlich Kosten von ca. 17 Mio. Franken anfallen. Am 12. August 2002 hat die damalige GPK einen ersten Zwischenbericht vorgelegt bekommen und diskutiert. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte sich, nach einigen Anfangsschwierigkeiten, einiges gut entwickelt und es konnten Resultate vorgelegt werden. Vor allem die Schulung der Polizei und die bessere Vernetzung zwischen städtischen Stellen und dem Kanton. Die GPK hat diesen Zwischenbericht gut aufgenommen. Angesichts des Schlussberichts ist hoffentlich unbestritten, dass sich die letztlich doch bescheidene Investition für die Stadt gelohnt hat, obwohl diese Verantwortung eigentlich beim Kanton liegen würde. Es ist uns gelungen, ein neues Vorgehen gegen häusliche Gewalt einzuführen, das auch dem Kanton für seine weiteren Arbeiten als Basis dienen wird. Er wird nun Mittel für die Weiterführung des Projekts zur Verfügung stellen und auf kantonaler Ebene eine Projektleitungsstelle einrichten. Damit wird der Kanton die Vorleistungen der Stadt hoffentlich nachhaltig weiter tragen und die noch bestehenden Lücken schliessen. Der vorliegende Schlussbericht formuliert klar aus, was noch gebraucht wird. Die BAK hat am 11. Oktober dieses Jahres den Schlussbericht gewürdigt und stillschweigend angenommen. Die anfängliche grosse Skepsis ist also, auch dank der professionellen Arbeit der Projektleitung und der Fachstelle für Gleichstellung, verschwunden. Auch die neue, für zwei Jahre befristete Stelle beim Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz (EKS) verdient unser Vertrauen. Es wird wichtig sein, dass die zuständige Kommission sich in ein bis zwei Jahren vertieft mit der Arbeit dieser Stelle beim EKS auseinandersetzt, ebenso mit den Aufgaben der städtischen Fachgruppe gegen häusliche Gewalt und mit den Erfahrungen der Polizei mit der neuen Interventionsstrategie.

### **Fraktionserklärungen**

*Markus Blatter* für die Fraktion FDP: Es wurde, bei einem wichtigen und schwierigen Thema, gute Arbeit geleistet. Der FDP sind drei Punkte besonders wichtig: Die rasche persönliche Hilfe für Betroffene, der Aufbau eines Netzwerks zwischen allen involvierten Stellen und die schnelle und konsequente Weiterbearbeitung der eingegangenen Meldungen. Für die Weiterführung auf kantonaler Ebene sind die Erkenntnisse der Stadt Bern sicherlich sehr wichtig. Den Rückweisungsantrag am 27. Januar 2000 haben wir nur gestellt, weil wir eine grössere Beteiligung vom Kanton erwarteten, die Kosten tiefer halten und auch die Kinder in das Projekt miteinbeziehen wollten. Trotz der damaligen Ablehnung des Antrags sind diese Punkte teilweise erfüllt worden. Mehr Absprache mit dem Kanton, vor allem in finanzieller Hinsicht, wäre allerdings nötig gewesen, wie die Begründung der Kostenüberschreitung zeigt. Die FDP ist generell von Kreditüberschreitungen nicht erfreut. Diese 2,5% Kostenüberschreitungen sind aber erklärbar. Eine solche Lösung ist uns lieber, als das Einbauen von Reserven in Kreditbegehren. Die FDP akzeptiert sowohl die Kreditabrechnung als auch den Nachkredit.

*Natalie Imboden* (GB) für die Fraktion GB/JAI/GPB: Das Votum der FDP zeigt gut auf, worin die Qualität dieses Projekts und des Schlussberichts liegt. Auch der Fraktion GB/JAI/GPB ist dieses Thema ein wichtiges Anliegen. Anhand dieses Berichtes zeigt sich, dass es gelang, ein Tabuthema, die Gewalt an Frauen und Kindern, in die Politik einzubeziehen und Lösungsansätze zu finden. Dass die Stadt Bern hier eine Vorreiterrolle übernahm, hat sich gelohnt, denn ansonsten hätten wir sicher lange auf Ergebnisse warten müssen. Wenn wir anschauen, wie viele Vorkommnisse von häuslicher Gewalt in der Stadt Bern jährlich gemeldet werden, müssen wir um dieses Projekt dankbar sein. Was an diesem Projekt wirklich einzigartig ist, ist das Gelingen, alle Fachpersonen der zuständigen Stellen an einen Tisch zu setzen und lösungsorientiert zu arbeiten. Dieser Zusammenschluss an Fachleuten hat handfeste Resultate ermöglicht. Die Schwierigkeit der unterschiedlichen Geschwindigkeiten von Stadt und Kanton hat das Projekt zeitweise ein wenig verzögert, schlussendlich aber doch den Kanton von einer Weiterführung des Projekts überzeugt. Die Stadt Bern wird jedoch weiterhin ihren Beitrag leisten. Diese Investition hat sich gelohnt, vor allem weil die Betroffenen direkt von der schnelleren Abwicklung der Fälle profitieren können. Wir genehmigen die kleine Kreditüberschreitung und hoffen, dass der Kanton Bern das Projekt mit dieser grossen Wichtigkeit weiterbehandeln wird.

*German Kalbermatten* (CVP) für die Fraktion CVP/ARP: Die CVP/ARP-Fraktion ist froh, dass dieses Interventionsprojekt jetzt realisiert worden ist. Wir sind sicher, dass hier gute und grosse Arbeit geleistet worden ist und möchten allen Beteiligten herzlich danken. In seinem Vortrag schreibt der Gemeinderat, dass häusliche Gewalt seit dem 1. April 2004 als Offizialdelikt gilt. Das heisst, dass die betroffenen Frauen oder seltener auch Männer, nicht mehr Anzeige gegen den gewaltausübenden Partner erstatten müssen. Die Kosten für die externe Projektleitung wurden, gemäss Gemeinderat, zu tief budgetiert und der Kanton hat sich letztlich nicht mehr daran beteiligt. Kann uns der Gemeinderat Auskunft geben warum? Die CVP/ARP-Fraktion stimmt der Kreditabrechnung und dem Nachkredit zu.

*Béatrice Stucki* (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Die SP/JUSO-Fraktion begrüsst den Entscheid, den Abschluss des Berner Interventionsprojekts hier im Rat zu würdigen. Dieses Projekt darf uneingeschränkt als grosser Erfolg gewertet werden. Die Erfolge der Interventionsprojekte in Basel und Zürich waren schon im Januar 2000 bekannt und aus diesem Grunde unterstützten wir dieses Projekt. Die Gefährdung von Menschen zu vermindern, war uns auch damals schon wichtiger, als ein ausgearbeiteter Finanzplan. Durch die Interventionen im Akutfall, aber auch durch Prävention können Kosten, vor allem für medizinische und psychologische Betreuung der Opfer, gespart werden. Dass der Kanton in der Kostenfrage nicht mehr unter Druck gesetzt wurde, ist zu bedauern. Daneben hat sich der Kanton aber auch am Projekt beteiligt und schnell die nötigen Gesetzesänderungen eingeleitet. Die Öffentlichkeit für das Thema der häuslichen Gewalt zu sensibilisieren war nötig und richtig. Endlich ist diese Form von Gewaltausübung enttabuisiert. Es können nachhaltige Lösungen für Opfer und Täter erreicht werden. Der Erfolg des bernerischen Interventionsprojekts liegt vor allem auch daran, dass in der DSO die Koordinationsstelle für häusliche Gewalt geschaffen worden ist. Dies darf nicht rückgängig gemacht werden, da die Mitarbeiterinnen der Koordinationsstelle bei Gefahrenmeldungen konkrete Handlungsmöglichkeiten haben, um die Opfer zu betreuen und zu schützen. Das ist ein grosser Erfolg der engen Zusammenarbeit der betroffenen Stellen. Ein solcher Erfolg darf nicht am Geld gemessen werden. Der Schutz der schwächeren sollte in unserer Gesellschaft oberstes Ziel sein. Wir danken der externen Projektleiterin Francesca Müller-Höselbarth und der städtischen Gleichstellungsbeauftragten Stefanie Brandt für ihre Hartnäckigkeit, mit welcher sie dem Projekt zum Durchbruch verholfen haben. Wir

danken auch den Polizisten und Polizistinnen für die Offenheit gegenüber diesem schwierigen Thema.

*Conradin Conzetti* (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Unsere Fraktion nimmt diesen Bericht mit Zustimmung zur Kenntnis und stimmt auch der Kreditabrechnung zu. Diese Interventionskonzepte sind jetzt zusammengestellt worden, weil die häusliche Gewalt zu einem öffentlichen Thema geworden ist und weil die Gesetzgebung auf Bundesebene verändert worden ist. Dies haben wir nur dank „vereinten Kräften“ erreicht. Wir hoffen nun, dass der Kanton diese Kräfte aufnimmt und weiter pflegt. Wir hoffen, dass durch dieses Projekt die Gewalt hinter der Wohnungstür abnimmt und sind froh, dass der Blick dieses Projekts auf Opfer und auf Täter gerichtet ist und für beide Seiten Hilfe und Angebote bestehen. Die Abnahme der häuslichen Gewalt wäre ein kultureller Fortschritt für unsere Stadt.

*Rudolf Friedli* (SVP) für die Fraktion SVP/JSVP: Die SVP erachtet es grundsätzlich für wichtig, dass Opfern von häuslicher Gewalt geholfen wird, diese unterstützt werden und dass die Täter zur Verantwortung gezogen werden. Es ist wichtig, dass die Behörden in diesem Zusammenhang gut zusammenarbeiten und vernetzt sind. Die SVP nimmt das Projektergebnis positiv zur Kenntnis, die Situation hat sich verbessert. Ob eine Gesetzesänderung auf kantonaler Ebene nötig ist, muss hier nicht diskutiert werden. Wir begrüßen, dass die weiteren Arbeiten auf kantonaler Ebene fortgesetzt werden, da es sich nicht nur um ein städtisches Problem handelt. Da im Budget keine Reserven eingebaut worden sind und der Betrag vernünftig erscheint, können wir dem Nachkredit zustimmen.

Stadtpräsident *Klaus Baumgartner* für den Gemeinderat: Wir sind froh, dass der Kanton dieses Projekt übernimmt und weiterführt. Er hat nun also doch eingesehen, dass dieses Projekt sinnvoll war, obwohl er sich daraus zurückgezogen hatte.

### **Beschluss**

Der Rat stimmt dem Schlussbericht des Interventionsprojekts gegen häusliche Gewalt, sowie der Kreditabrechnung und dem Nachkreditbegehren mit 61 Stimmen einstimmig zu.

### **3 Interfraktionelles Postulat SP/JUSO, GB/JA!/GPB, GFL/EVP (Béatrice Stucki/Beat Zobrist, SP/Catherine Weber, GB) vom 20. Juni 2002: Zusammenlegung städtischer Informationsdienste – Einsparung dank Nutzen von Synergien; Prüfungsbericht**

Geschäftsnummer 02.000261

#### *Gemeinderatsantrag*

Der Stadtrat nimmt den Prüfungsbericht des Gemeinderats, zum interfraktionellen Postulat SP/JUSO, GB/JA!/GPB, GFL/EVP (Béatrice Stucki/Beat Zobrist, SP/Catherine Weber, GB) vom 20. Juni 2002: Zusammenlegung städtischer Informationsdienste – Einsparung dank Nutzen von Synergien, an.

Postulant *Beat Zobrist* (SP): Im Jahre 2002 haben wir vom Gemeinderat die Prüfung der Zusammenlegung der städtischen Informationsdienste verlangt. Ein Jahr später lehnte der Gemeinderat diese Prüfung aus fachlichen Gründen ab, verlangte aber von der Medienstelle der DSI Einsparungen von 100 000 Franken. Im jetzt erhaltenen Bericht sehen wir, dass eine Um-

setzung im Gange ist. Es sind bloss noch 260 Stellenprozente vorhanden und nicht mehr 280 Prozente. Die Medienstelle der DSI betrachtet damit den Sparauftrag des Gemeinderats als erledigt, was rechnerisch nicht aufgeht. Diese Antwort können wir so nicht akzeptieren. Wir bestreiten diesen Prüfungsbericht.

### **Fraktionserklärungen**

*Hans-Ulrich Suter* für die Fraktion FDP: Die FDP-Fraktion ist mit den Ausführungen des Gemeinderats einverstanden und stimmt dem vorliegenden Prüfungsbericht zu. Der Sparauftrag des Mediendienstes DSI ist gemäss den Ausführungen des Gemeinderats befolgt worden. Grundsätzlich macht es keinen Sinn, den städtischen Informationsdienst und den Mediendienst der DSI zusammenzulegen, denn der Mediendienst DSI erfordert Fachwissen und muss 24 Stunden einsatzbereit sein. Der Grundsatz der Gewaltentrennung ist auch hier zu beachten. Im Hinblick auf die Übernahme der Stadtpolizei durch die Kantonspolizei ist es unzweckmässig, vorgängig die Informationsdienste zusammenlegen zu wollen.

*Erich Ryter* (SVP) für die Fraktion SVP/JSVP: Ein rechnerisches Problem ist vorhanden, denn die 20 Stellenprozent machen sicher nicht die 100 000 Franken Einsparungen aus. Im Übrigen sind wir mit dem Bericht des Gemeinderats einverstanden. Die gestrichenen 20 Prozent sind bei einem 24-Stunden-Betrieb ausreichend. Die Umsetzung ist im Sinne des Sparauftrages erfüllt worden. Wir stimmen diesem Bericht zu.

Stadtpräsident *Klaus Baumgartner* für den Gemeinderat: Ich bitte darum, diesen Bericht zu genehmigen, denn die Vergleichsgrösse war, den Informationsdienst des Gemeinderats für die Information nach aussen und den Informationsdienst der Polizei nach aussen, im Sinne der gerichtspolizeilichen Aufgaben und polizeilichen Tätigkeiten, zusammenzulegen. Die Information nach innen ist aber zusätzlich auch noch Bestandteil der polizeilichen Informationsdienste. Sechzig Prozent dafür einzusetzen ist sicherlich nicht viel für dieses grosse Korps. Wir begrüssen es, dass im Bereich der Kommunikation nicht mehr abgebaut wurde. In diesem Sinne wurde unser Sparauftrag erfüllt.

### **Beschluss**

Der Prüfungsbericht: Zusammenlegung der Informationsdienste – Einsparung dank Nutzen von Synergien wird mit 32 : 36 Stimmen abgelehnt. Die Frist zur Vorlage eines neuen Prüfungsberichts beträgt 1 Jahr d.h. bis zum 28. Oktober 2005.

**Die Sitzung wird um 19.00 Uhr unterbrochen.**

Namens des Stadtrats

Der 1. Vizepräsident: *Philippe Müller*

Die Protokollführerin: *Ursina Wälchli*

**Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 22.25 Uhr**

*Vorsitzende*

Präsidentin Margrit Stucki-Mäder

*Anwesend*

Hans Peter Aeberhard  
 Michael Aebersold  
 Raymond Anliker  
 Thomas Balmer  
 Oskar Balsiger  
 Vinzenz Bartlome  
 Christof Berger  
 Peter Bernasconi  
 Dieter Beyeler  
 Margrith Beyeler-Graf  
 Peter Blaser  
 Markus Blatter  
 Jsabelle Blunschy Scheidegger  
 Walter Christen  
 Anna Coninx  
 Conradin Conzetti  
 Martina Dvoracek  
 Karin Feuz-Ramseyer  
 Andreas Flückiger  
 Rudolf Friedli  
 Verena Furrer-Lehmann  
 Jacqueline Gafner Wasem  
 Hans Ulrich Gränicher  
 Thomas Götting

Kurt Hirsbrunner  
 Rolf Häberli  
 Ueli Haudenschild  
 Stephan Hügli  
 Natalie Imboden  
 Mario Imhof  
 Urs Jaberg  
 Ueli Jaisli  
 Daniele Jenni  
 Michael Jordi  
 Stefan Jordi  
 Gernan Kalbermatten  
 Daniel Kast  
 Rudolf Keller  
 Markus Kiener  
 Margareta Klein-Meyer  
 Andreas Krummen  
 Peter Künzler  
 Daniel Lerch  
 Liselotte Lüscher  
 Markus Lüthi  
 Corinne Mathieu  
 Erik Mozsa  
 Christoph Müller

Philippe Müller  
 Rosmarie Okle Zimmermann  
 Lydia Riesen  
 Simon Röthlisberger  
 Heinz Rub  
 Erich Ryter  
 Annemarie Sancar-Flückiger  
 Sabine Schärner  
 Rolf Schuler  
 Miriam Schwarz  
 Sylvia Spring Hunziker  
 Ernst Stauffer  
 Barbara Streit-Stettler  
 Ueli Stückelberger  
 Béatrice Stucki  
 Hans-Ulrich Suter  
 Martin Trachsel  
 Margrit Thomet  
 Christian Wasserfallen  
 Catherine Weber  
 Thomas Weil  
 Beat Zobrist  
 Andreas Zysset

*Entschuldigt*

Peter Bühler  
 Dolores Dana  
 Guglielmo Grossi

Christian Michel  
 Barbara Mühlheim  
 Doris Schneider

Beat Schori  
 Max Suter

*Vertretung Gemeinderat*

Therese Frösch DSO

Adrian Guggisberg HSE

Edith Olibet BUI

*Entschuldigt*

Klaus Baumgartner PRD  
 Ursula Begert DSI

Alexander Tschäppät PVT

Kurt Wasserfallen FPI

*Ratssekretariat*  
 Jürg Stampfli

*Stadtkanzlei*  
 Stéphanie von Erlach

## Dringlichkeitserklärungen

1. Die Dringlichkeit des Postulats Nathalie Imboden (GB): Jod-Tabletten als Kampagnentabletten für Mühleberg-Ersatz und AKW-Ausbau wird mit 36 : 12 Stimmen bei 7 Enthaltungen verneint.
2. Die Dringlichkeit der Interpellation Daniele Jenni (GPB): Was soll das? („Reclaim the Streets,“) wird mit 41 : 10 Stimmen bei 4 Enthaltungen verneint.

- Die Traktanden 4 und 6 werden gemeinsam behandelt.

## 4 Projekt für Prävention, Intervention und Toleranz PINTO für die Stadt Bern

Geschäftsnummer 04.000404

### Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats betreffend Einführung eines Projekts für Prävention, Intervention und Toleranz (PINTO).
2. Er genehmigt Variante 1: Kontinuierliche, möglichst flächendeckende Präsenz von PINTO im öffentlichen Raum an sieben Tagen in der Woche mit einem Stellenetat von 680%.
3. Er nimmt zur Kenntnis, dass die Direktion für Soziale Sicherheit einen allfälligen Nachkredit an das finanzkompetente Organ einleiten wird.
4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

### Eventualantrag Jenni, Ziffer 2 ergänzen

2. **Er genehmigt Variante 2:** Mindestpräsenz von PINTO an täglich festgelegten Schwerpunkten im öffentlichen Raum von sechs Stunden an sechs Tagen in der Woche mit einem Stellenetat von 280%.

### Antrag GB zu Ziffer 2

2. **Er genehmigt folgende Variante: Abdeckung der gemäss Pflichtenheft auferlegten Aufgaben mit einem Stellenetat von 380%.**

### Antrag Rub Ergänzung Ziffer 2

2. Er genehmigt **die Variante 1 (mit total einmaligen Kosten von Fr. 65 000.00):** .....von 680%

### Anträge Fraktion SVP/JSVP zum Gemeinderatsantrag, neue Ziffer und Ergänzung Ziffer 4

**(neue Ziffer) Er genehmigt die folgenden Zielsetzungen dieses Projekts:**

1. **In enger Absprache und Koordination mit der Polizei wird im öffentlichen Raum-Toleranz und Koexistenz.....(siehe Seite 1 Vortrag)....gefördert. (wie FDP)**
2. **Bei allen Menschen....(siehe Seite 1 Vortrag)....vorgebeugt werden. (wie FDP)**
3. **Randständigen, die sich vorwiegend im öffentlichen Raum aufhalten, bietet PINTO erste Hilfen zur sozialen Reintegration.**
4. **Die Wegweisungsverfügungen nach Artikel 29b des Polizeigesetzes (PoIG) werden als „Ultima ratio“ angewendet. (wie FDP)**

...

4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt. **Nach zwei Jahren entscheidet der Stadtrat über das weitere Vorgehen.**

*Antrag Rub zum Gemeinderatsantrag neue Ziffer und Ergänzung Ziffer 3*

**(neue Ziffer) Er genehmigt die folgenden Zielsetzungen dieses Projekts:**

- 1. In enger Absprache und Koordination mit der Polizei wird im öffentlichen Raum Toleranz und Koexistenz.....(siehe Seite 1 Vortrag)....gefördert. (wie SVP)**
- 2. Bei allen Menschen....(siehe Seite 1 Vortrag)....vorgebeugt werden. (wie SVP)**
- 3. Die Wegweisungsverfügungen nach Artikel 29b des Polizeigesetzes (PolG) werden als „Ultima ratio“ angewendet. (wie SVP)**
3. Er nimmt zur Kenntnis, dass die.....einleiten wird, **und dass Standortwahl, Konzept und Finanzplan des Alkistübli vorgängig der Realisierung dem Stadtrat zur Genehmigung unterbreitet werden**
4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt

*Antrag Fraktion GFL/EVP, Ergänzung*

**Der Gemeinderat legt dem Stadtrat ein Konzept zur Ausgestaltung des Alkistübli vor.**

*Verena Furrer-Lehmann (GFL) für die Kommission SBU:* Die Nutzung des öffentlichen Raumes steht grundsätzlich allen zu. Das Konfliktpotential, welches aufgrund der unterschiedlichen Auffassungen darüber entsteht, was im öffentlichen Raum zulässig/nicht zulässig ist, ist allgemein bekannt. Die Auffassungen dazu gehen weit auseinander. Die Bandbreite reicht von „alles verbieten, radikal wegweisen“, bis zu „alles tolerieren, möglichst wegschauen“. Zwei Vorstösse aus dem Parlament verlangen vom Gemeinderat einen Lösungsvorschlag, wie dieser Konflikt angegangen werden soll. Dies vor allem aus Unbehagen über die heutige Praxis der Wegweisungen. Sie löst Probleme nicht, die Toleranz hat abgenommen und wir brauchen unbedingt weiterführende Lösungen. Zürich hat bereits im Jahr 2000 ein Projekt namens SIP gestartet. In Bern ist ein ähnlicher Anlauf für einen Lösungsvorschlag ein Jahr später im Gemeinderat gescheitert. Das vom Gemeinderat nun vorgeschlagene Projekt PINTO ist aus der Sicht der Kommission SBU ein tauglicher erfolgversprechender Vorschlag, der grundsätzlich bei allen Mitgliedern – mit punktuellen Einschränkungen in Bezug auf die Varianten – Unterstützung gefunden hat. Der Projektantrag aus der DSO definiert das Ziel treffend: Drogenabhängige und verhaltensauffällige Menschen werden nicht aus dem öffentlichen Raum verbannt, sondern dazu aufgefordert, den öffentlichen Raum mit den anderen Benutzerinnen und Benutzern in einer allgemein akzeptierten Art und Weise zu teilen. Der neue Ansatz bei PINTO ist, dass auf beiden Seiten, sowohl seitens der Randgruppen wie auch seitens der Bürgerschaft (Anwohnende, Gewerbetreibende, Passantinnen und Passanten), mehr Toleranz geschaffen werden soll. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Nicht nur die Sicht der Randständigen wird wahrgenommen, sondern auch jene der Anwohnenden und Betroffenen. Bern ist in der glücklichen Lage, dass Zürich bereits seit vier Jahren mit einem ähnlich innovativen Programm Erfahrungen gesammelt hat und auch bereit ist, diese Erfahrungen weiterzugeben. Mehrere Mitglieder des Stadtrates haben die Gelegenheit wahrgenommen, sich an einem von Zürcher Chefbeamten in Bern durchgeführten Anlass über das Projekt SIP informieren zu lassen. Bei dieser Gelegenheit bedanke ich mich bei Barbara Mühlheim, die diese Veranstaltung ermöglicht und organisiert hat. Wir dürfen uns keine Illusionen machen, die Probleme werden durch PINTO nicht einfach weggewischt und es wird weiterhin Drogenabhängige und Verhaltensauffällige geben. Das Ziel muss aber sein, dass sich alle sicherer, wohler und unbelasteter fühlen. Ich verzichte an dieser Stelle auf eine umfassende Darstellung der Vorlage. Die Ausgangslage ist uns allen bekannt, ebenso die neuralgischen Punkte der Stadt.

Die Zielsetzungen des Projektes lassen sich in vier Punkten zusammenfassen: 1. Gegenseitige Toleranz und Koexistenz aller gesellschaftlichen Gruppierungen im öffentlichen Raum fördern. 2. Störendes Verhalten mit verschiedensten sozial- aber auch ordnungspolitischen In-

terventionen auf ein tolerierbares Mass reduzieren. 3. Einer Chronifizierung des Aufenthaltes auf der Gasse vorbeugen; eine neue Risikogruppe sind arbeitslose Jugendliche, welche weder der Gruppe der Süchtigen noch jener der Randständigen angehören. 4. Wegweisungsverfügungen nach Art. 29b des Polizeigesetzes sollen auf ein Minimum reduziert werden. Zur Vorgehensweise: Wir sind uns in der Kommission einig, dass die Definition von störendem Verhalten immer wieder und im Rahmen einer gewissen Bandbreite neu festgelegt werden muss. Es können nicht für jeden Ort, für jede Zeit und für jede Szene dieselben Regeln gelten. Das PINTO-Team soll durch seine Präsenz und durch Intervenieren das Problembewusstsein auf beiden Seiten fördern. Verhaltensregeln sollen kommuniziert und durchgesetzt werden. Bei kritischen und gewalttätigen Situationen wird die Stadtpolizei beigezogen. Dieses ordnungspolitische Element, bekanntermassen ein Zankapfel, haben wir in der Kommission speziell beleuchtet und diskutiert. Mit einer Ausnahme wurde es von allen Mitgliedern unterstützt. Die verbindliche und institutionalisierte Zusammenarbeit mit der Polizei ist Voraussetzung dafür, dass PINTO ein kompetentes und wirksames Instrument wird. Wir sind uns in der Kommission einig, dass Rückzugsmöglichkeiten in Form eines alternativen Aufenthaltsortes zur Gasse geschaffen werden müssen. Zur Zeit der Beratungen in der Kommission lagen diesbezüglich keine weitergehenden Anträge vor.

Stellenetat und Finanzen: Es stehen grundsätzlich zwei Varianten zur Diskussion. Variante 1 kostet rund 770 000 Franken und gewährleistet eine PINTO-Präsenz von zwölf Stunden an sieben Tagen mit 680 Stellenprozenten. Variante 2 ist billiger, verlangt eine Mindestpräsenz von sechs Stunden an sechs Tagen mit 280 Stellenprozenten und kostet rund 370 000 Franken. Wir haben zur Finanzlage vom Gemeinderat leider nur unbefriedigend Auskunft erhalten. Die Stadt hat wohl ein Beitragsgesuch auf Kantonsebene gestellt und es wird in den Lastenausgleich aufgenommen. Aber die Wahrscheinlichkeit, dass dort Beträge fließen, ist sehr gering. Einmal mehr wird wohl die Stadt vom Kanton mit ihren Zentrumsproblemen alleine gelassen. Die SBU hat eine lange und instruktive Diskussion über die zwei Varianten geführt. Wir haben festgestellt, dass Variante 1 effizienter ist und damit grössere Erfolgchancen hat. Im Übrigen haben wir auch mit der teureren Variante nur etwa die Hälfte des Stellenetats der Stadt Zürich, dies nur zur Information. Mehr Personal bedeutet mehr Mitarbeitende aus einem breiten Spektrum von beruflichen und kulturellen Hintergründen. Mehr Personal heisst auch mehr Präsenz. Es kann so nicht nur beim Bahnhof, sondern flächendeckend über mehrere Standorte der Stadt, insbesondere auch an dezentraleren Orten (z.B. Bachmätteli), etwas bewirkt werden. Das Vertrauen der Randgruppen zu gewinnen, ist gemäss Erfahrungen aus Zürich die Basis des Projektes. Damit das gelingt, braucht es kontinuierliche Arbeit eines genügend grossen Teams, das mit genügend Ressourcen ausgestattet ist. Ebenso geht es darum, dass auf der anderen Seite, bei Anwohnenden und Geschäftstreibenden, ein Vertrauen entsteht und dass beim PINTO-Team die Kapazität vorhanden ist, auch einmal einen „runden Tisch“ zu veranstalten, wo Sorgen und Probleme beider Seiten angehört werden. Toleranz und beidseitiges Entgegenkommen soll gefördert werden. Diese Gründe sprechen für Variante 1.

Variante 2 beinhaltet klar das Risiko, dass die an das Projekt gestellten Erwartungen nur schlecht erfüllt werden können. Das wäre kontraproduktiv für das Projekt und die Betroffenen – Randgruppen und Anrainer. Die SBU ist mit 7 : 3 Stimmen zum Schluss gekommen, Ihnen Variante 1 zu empfehlen. Die drei Gegenstimmen wurden einerseits mit dem ordnungspolitischen Element und andererseits mit den Mehrkosten der Variante 1 begründet. Wir haben den Antrag gestellt, das Know-how des Projektes SIP Zürich einzukaufen. Dieser wurde zurückgezogen. Die SBU ist der Ansicht, dass der Austausch mit Zürich eine Selbstverständlichkeit ist und dass die Vereinbarung entsprechender Abgeltungen in der Kompetenz des Gemeinderates liegt. Eine Qualitätskontrolle und eine Auswertung des Projektes nach zwei

Jahren ist uns vom Gemeinderat zugesagt worden. Das weitere Vorgehen soll dannzumal im Stadtrat beraten werden.

### **Nichteintretensantrag Jenni**

*Daniele Jenni* (GPB): Ich bitte Sie, auf die Vorlage nicht einzutreten. PINTO heisst Prävention, Intervention und Toleranz. Von diesen drei Begriffen trifft höchstens der mittlere zu. Wir haben seit sieben Jahren das System der Wegweisungen. Zu Hunderten sind Leute wegweisen worden, zum Teil unter fragwürdigen Begründungen. Dass Wegweisungen grundrechtlich sehr fragwürdig sind, ist auch klar. Dass Wegweisungen menschenunwürdig sind, weil man Leuten die Möglichkeit nimmt sich im öffentlichen Raum aufzuhalten und miteinander zu kommunizieren, sollte auch klar sein. Die Konsequenz muss deshalb sein, mit den Wegweisungen aufzuhören. Die Mehrheit des Stadtrates konnte sich nicht dafür entscheiden. Bürgerliche und GFL waren nicht bereit, auf dieses Instrument zu verzichten. Jetzt wird versucht, mit PINTO dem ganzen System einen Deckmantel umzuhängen. Man schafft eine Vorstufe zu den polizeilich verhängten Wegweisungen, die von Sozialarbeitern ausgeführt werden soll. Die Zielsetzung bleibt dieselbe: Leute, die in der Öffentlichkeit durch störendes Verhalten auffallen, sollen dazu angehalten werden, ihr Verhalten den üblichen Gepflogenheiten anzupassen. Es wird noch gesagt, dies könne sich je nach Situation, Zeit und Ort ändern. Es gibt keine Kriterien, nach denen man gegen diese Leute vorgehen will. Sollte jemand gegen die Intervention von Sozialarbeitern etwas einzuwenden haben und darauf beharren, dass ein Recht auf Aufenthalt im öffentlichen Raum besteht, hat es auch dazu einen entsprechenden Satz im Vortrag: „Bei kritischen Situationen wird die Stadtpolizei beigezogen“. Schöner könnte man nicht sagen, was PINTO wirklich ist, nämlich eine Vorstufe zur polizeilichen Intervention. Es handelt sich um eine Mischung aus den Tätigkeiten von Sozialarbeitenden und der Polizei. Die Bürgerlichen sind diesbezüglich mit ihren Anträgen noch fast am ehrlichsten, wenn sie fordern, dass die Zusammenarbeit mit der Polizei möglichst eng erfolgen soll. Der wahre Zweck ist letztlich, dass man diese Leute an gewissen Orten nicht haben will, da sie das Konsumklima im öffentlichen Raum stören. Insofern steht PINTO, diese Vorstufe zur Wegweisung, in einem Zusammenhang zu Eingrenzung, Überwachung und Kontrolle des öffentlichen Raumes und der Gesellschaft. PINTO ist nicht im Interesse der Leute, die angeblich betreut werden sollen. Es ist keine anwaltschaftliche Sozialarbeit. Es ist eine kontrollierende, zu-rechtweisende, repressive Sozialarbeit. Es ist die Weisungsbefugnis gegenüber diesen Leuten, als Vorstufe zur Wegweisungsbefugnis, die schon besteht. Man sorgt ja nicht dafür, dass die Existenz dieser Leute erleichtert wird, sondern man macht ihnen das Leben auf der Gasse noch viel schwerer. Es soll mir niemand sagen, man wolle die Leute von der Gasse weghaben und ihnen Perspektiven bieten. Welche Perspektiven wollen Sie denn bieten? Wollen Sie Arbeitsplätze anbieten, die nicht vorhanden sind? Wollen Sie Wohnungen anbieten, die nicht vorhanden sind? Sie können nichts anderes machen, als diese Leute weiterhin zu vertreiben. Mit PINTO soll es halt nicht von Beginn an die Polizei machen, sondern Sozialarbeitende in polizeilicher Funktion. Dies nicht im Interesse der Betroffenen, sondern im Interesse jener, die den öffentlichen Raum aus Geschäftsinteresse und Kontrollinteresse monopolisieren und für sich reservieren wollen. Das ist der Zweck von PINTO. Es ist eine hinterhältige Lösung. Es ist keine vertrauensbildende Lösung und es ist eine teure Lösung. Es ist interessant zu sehen, wie gross offenbar die Bereitschaft ist, Geld für dieses Projekt zu sprechen. Dies in einer Zeit, wo sonst überall gespart wird – gerade im sozialen Bereich. Hier hat man Geld, warum? Weil es ja gar nicht um ein soziales Projekt geht, sondern um ein repressives, letztlich polizeiliches, letztlich sozialpolizeiliches Projekt, deswegen ist Geld vorhanden. Was könnte man alles mit diesem Geld machen? Man könnte niederschwellige soziale Angebote schaffen. Anlaufstellen, die am Wochenende auch für ausserkantonale Betroffene geöffnet wären. Zent-

rumsnahe Notschlafstellen, preisgünstigen Wohnraum, geheizte Räume mit Tagesstrukturangebot, genügend Therapie- und Nischenarbeitsplätze schaffen, alles Dinge, die sogar die kantonale Verfassung verlangt. Dafür will man kein Geld haben, aber für PINTO will man es haben. Ich warne davor zu meinen, man könne jetzt Vertrauen bilden, nachdem man sieben Jahre lang hunderte von Menschen immer wieder aus dem öffentlichen Raum vertrieben hat. Vertrauen schaffen indem man die Wegweisung noch nach hinten ausdehnt und sie zur Aufgabe von Sozialarbeitenden macht, die dann mit der Polizei zusammenarbeiten. Es gibt nur eine Lösung in dieser Problematik, nämlich anzuerkennen, dass diese Leute das Recht haben, dort zu sein wo sie sind, sich nach ihrer Art aufzuführen und dass sie das Recht darauf haben, so respektiert zu werden wie sie sind und nicht immer damit rechnen müssen, zum Objekt einer Einschätzung zu werden, die man a priori gefasst hat und mit der vorgedruckten Formel „Passanten haben sich beklagt“ erklärt. Polizeiliche Wegweisung bleibt polizeiliche Wegweisung, auch wenn sie vorgängig in Gestalt von Sozialarbeitenden erscheint. Die Missachtung von Grundrechten bleibt, auch wenn sie zivil daherkommt. Am Schluss steht dann doch die militärische, die polizeiliche Hand. Gewinnen werden Sie nichts, einzig Vertrauen werden Sie verlieren. Ich bitte Sie, auf diese Vorlage nicht einzutreten.

*Fraktionserklärungen und Beschlüsse siehe Traktandum 6*

## **6 Motion Dieter Beyeler (SD): Ein neuer Standort für die Randständigenszene der Stadt Bern**

Geschäftsnummer 04.000164

Bahnhöfe gelten als Visitenkarte der jeweiligen Stadt. Das gilt insbesondere auch für die Bundeshauptstadt Bern. Seit längerer Zeit jedoch sorgt der Alki- und Randständigentreff mitten im Bahnhof für Negativschlagzeilen. Obwohl verschiedentlich Massnahmen ergriffen (und auch zum Teil wieder rückgängig gemacht) wurden, ist bis heute keine Änderung, resp. spürbare Besserung dieses Zustands eingetroffen. Zugegebenerweise existiert dieses Problem nicht nur in der Stadt Bern, sondern auch in anderen grösseren Städten und muss in diesem Sinne wohl auch akzeptiert werden. Nicht akzeptiert werden muss, vor allem wenn es damit der Meinung eines überwiegenden Teils der Bevölkerung entspricht, dass dies für die Stadt einen nicht unerheblichen Imageschaden bedeutet.

Auch in der Stadt Biel, mit ähnlichen Problemen konfrontiert, musste nach Lösungen gesucht werden. Mitten in der Stadt hatte sich eine Randständigenszene gebildet. Da sich die Anwohner empfindlich gestört fühlten und nicht mehr bereit waren diese Szene zu tolerieren, wurde der Standort von der Polizei in einer friedlich verlaufenen Aktion geräumt. In der Folge entschieden sich die Randständigen für einen neuen, schwach frequentierten Standort. Dieser neue, akzeptierte Standort erhielt sogar von der Stadt Biel bauliche, als auch (bescheidene) finanzielle Mittel. Heute umfasst der Treffpunkt einen Bauwagen, Heizungsmöglichkeit und ein WC – mehr beansprucht die Szene nicht (!).

In diesem Sinne wird der Gemeinderat beauftragt, eine befriedigende Lösung für die Stadt aber auch für die Randständigen auszuarbeiten:

- Evaluieren eines neuen Standorts unter Einbezug der Randständigengruppe
- Erstellen der nötigsten Infrastruktur
- Die Ermöglichung der Selbstverwaltung (kein rechtsfreier Raum)

Bern, 12. Februar 2004

## **Antwort des Gemeinderats**

### *Ausgangslage*

Toleranz gegenüber randständigen Menschen stösst zunehmend an Grenzen. Übernahmen noch vor kurzer Zeit gewisse Gaststätten, wie z.B. das Bahnhofbuffet oder Lokale in der Altstadt, die Funktion, Menschen am Rand, insbesondere Alkoholikerinnen und Alkoholiker, zu dulden und Treffpunkte zu ermöglichen, so werden in letzter Zeit immer mehr solche Lokale geschlossen oder modernisiert (Bahnhofbuffet). Diese Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen; weitere Schliessungen sind geplant. So wird auch noch die „Traube“, ein Altstadt-Restaurant, das bis anhin zahlreiche sogenannte „Randständige“ bewirtet hat, seine Türen schliessen.

### *Zur Situation*

Die heutige Alkoholiker- und Randständigenszene konzentriert sich in der Stadt Bern auf drei Standorte: Im Casinopark sind meistens 3-6 alkoholabhängige Menschen anzutreffen, auf der Bundesterrasse und der Kleinen Schanze sind es 5-15 Personen, im Bahnhofgebiet 5-20 Personen, je nach Wetter und Jahreszeit. Im Bahnhof selber hält sich die Szene, die hier aus Rauschtrinkerinnen und -trinkern sowie Abhängigen legaler wie auch illegaler Drogen besteht, meistens beim Stein auf.

Im Vergleich zum täglichen Passantenstrom von 70 000 bis 80 000 Menschen bilden sie eine verschwindend kleine Gruppe. Sie schadet aber offenbar dem Image der Stadt Bern und stört das gewohnte Bild von Sauberkeit und ruft Gefühle der Unsicherheit hervor.

Dem Gemeinderat liegt daran, für diese Situation eine allseits akzeptierbare Lösung zu finden. Er weist freilich darauf hin, dass gerade in der Stadt Bern die Voraussetzungen dafür besonders schwierig sind, und Projekte anderer Städte nicht ohne Weiteres auf die hiesigen Verhältnisse übertragen werden können. Schwierigkeiten bieten z.B. die ganze Struktur und Architektur des Bahnhofareals, welche mit ihren zahlreichen vor Wind und Wetter geschützten Nischen geradezu zum gruppenweisen Zusammenstehen und Verweilen einladen. Zudem ist die Suche nach einem geeigneten Raum ausserhalb dieses Areals nahezu aussichtslos. Das mit der Standortsuche beauftragte Sozialamt konnte zwar mehrere Räume eruieren und näher prüfen. Letztendlich fiel der Entscheid aber immer negativ aus, weil niemand für diesen Personenkreis einen Raum zur Verfügung stellen wollte. Im Umfeld des Bahnhofareals liegen die Geschäftsstrassen, die ebenfalls wenig geeignet sind als Treffpunkt und Aufenthaltsort für Randständige. Auch bei zahlreichen öffentlichen Plätzen und Parks (Bundesterrasse, Kleine Schanze, Kocherpark, Hirschengraben etc.) stehen andere Interessen im Vordergrund.

Aufgrund der oben geschilderten Notwendigkeit, ein Angebot für gesellschaftlich ausgegrenzte Alkoholabhängige zu schaffen und der Schwierigkeit, einen geschlossenen Raum zu finden, der den Anforderungen an einen Aufenthaltsraum für Alkoholikerinnen und Alkoholiker (Alkistübli) genügen würde (v.a. Zentrumsnähe), prüft die Direktion für Soziale Sicherheit weiterhin alle denkbaren Varianten. Als Möglichkeiten sind ein fester Raum, ein Container oder eine Fahrbaute zu erwähnen. Im Falle einer mobilen Baute bietet sich mit dem Modell "Salon Jaune" in Biel ein funktionierendes Vorbild an.

Geprüft werden die verschiedenen Varianten für ein Alkistübli im Rahmen des Projekts PINTO (Prävention, Intervention, Toleranz), welches der Gemeinderat mit GRB 1017 vom 30. Juni 2004 bewilligt hat. Um mit Interventionen im öffentlichen Raum Ordnung und Verhaltensregeln durchsetzen zu können, sind Rückzugsräume für Menschen, die sich vorwiegend im öffentlichen Raum aufhalten, Voraussetzung. Für die Einrichtung eines Alkistüblis sind im Budget des Projekts PINTO Fr. 60 000.00 vorgesehen. Konkrete Abklärungen zur Einrichtung eines Alkistüblis unter Einbezug der betroffenen Menschen werden nach der Genehmigung des Projekts PINTO durch den Stadtrat an die Hand genommen.

## Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion erheblich zu erklären.

### Fraktionserklärungen zu den Traktanden 4 und 6

*Heinz Rub* (FDP) für die FDP-Fraktion: Vor den Sommerferien hat sich der Stadtrat grossmehrheitlich dafür ausgesprochen, dass er PINTO will und dass es ein soziales Projekt mit ordnungspolitischem Gegengewicht sein soll. Was der Gemeinderat dann daraus gemacht hat und uns mit der vorliegenden Vorlage präsentiert, ist nach Ansicht der FDP-Fraktion ganz klar kopflastig, sozial und für uns so nicht akzeptabel. Ich habe dann von der Fraktion den Auftrag erhalten zu schauen, was man daraus noch machen kann. Ich möchte an dieser Stelle, wie es schon Verena Furrer gemacht hat, Barbara Mühlheim ganz herzlich für ihre hinter den Kulissen geleistete Arbeit danken. Diese Arbeit hat ermöglicht, dass wir heute Abend grossmehrheitlich etwas verabschieden können, das Sinn ergibt. Es ist schade, dass Daniele Jenni und seine Mitstreitenden nicht auch ja dazu sagen können.

Die FDP-Fraktion stellt folgende Anträge, damit der ordnungspolitische Teil des Projektes umgesetzt werden kann. Erstens scheint es uns essentiell, dass wir das von Zürich während mehreren Jahren mit SIP aufgebaute Know-how einkaufen. Wir möchten Ihnen deshalb beliebt machen, bei den einmaligen Auslagen für Initialcoaching im Budget eine Ergänzung von 5 000 Franken zu machen. Kombiniert mit dem Budgetposten „Ausbildung im ersten Jahr“ reicht das sicher, um eine gute Grundausbildung zu bekommen. Weiter sind wir der Meinung, dass es nichts bringt, wenn wir nur hier am Rednerpult Stellung zum Vortrag nehmen und dem Gemeinderat unverbindlich mitteilen, was wir wollen. Deshalb wollen wir den Antrag des Gemeinderates entsprechend ergänzen. Punkt eins des Antrages unterstützen wir. Bei Punkt zwei wollen wir neu, dass man die Zielsetzungen, die vorne im Vortrag angeführt sind, ebenfalls in den Antrag integriert, damit diese verbindlich sind. Den ersten Punkt der Zielsetzungen möchten wir ergänzt haben durch „in enger Absprache und Koordination mit der Polizei wird im öffentlichen Raum Toleranz und Koexistenz“, danach weiter wie im Vortrag. Die Formulierung von Punkt zwei bleibt. Punkt drei ist die umstrittene Wegweisungsverfügung. Der Vortrag will, dass man diese auf ein Minimum reduziert. Wir sind der Meinung, dass man hier den Wortlaut der „Ultima ratio“ aufnehmen soll. Es besteht ein Unterschied zwischen den Formulierungen „Ultima ratio“ und „auf ein Minimum reduzieren“. Wenn wir Ursula Begert zum Beispiel den Auftrag erteilen, die Parkbussen auf ein Minimum zu reduzieren, dann kann das auch geschehen, indem einfach nicht mehr kontrolliert wird und das wäre ja nicht der Sinn. Wir wollen, dass zu diesen Wegweisungsverfügungen gegriffen wird, wenn alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind. In diesem Zusammenhang ist es interessant zu lesen, dass auch die links regierte Stadt St. Gallen Wegweisungsverfügungen eingeführt hat. Esther Maurer, SP-Polizeidirektorin der Stadt Zürich, will dies für ihre Stadt ebenfalls aufnehmen, weil sie gesehen hat, dass es eine Notwendigkeit ist und dass die Probleme mit Toleranz und gutem Zureden nicht zu lösen sind. Punkt drei des Antrages des Gemeinderates ersetzen wir durch die ergänzte Variante, wie es das Ratssekretariat vorschlägt – total einmalige Kosten von 65 000 Franken, d.h. ergänzt durch die von uns beantragten 5 000 Franken.

Zur Problematik Alkistübli: Auch das war in der FDP-Fraktion stark umstritten, weil wir nicht genau wissen, was ein Alkistübli ist. Zusammen mit einem Grossteil der FDP-Fraktion bin ich der Überzeugung, dass es ein Alkistübli im Projekt PINTO unbedingt braucht. Es soll ein geschützter Ort sein, jedoch kein Alkohol verkauft werden. Die Randständigen sollen die Gelegenheit haben, selber Mitgebrachtes dort zu konsumieren. Man kann die Leute nicht einfach vom angestammten Platz vertreiben, ohne ihnen einen anderen Raum anzubieten. Da ein solches Alkistübli ein Politikum ist und gerne zum Zankapfel wird, sind wir der Meinung, dass dieses Projekt nach Ausarbeitung durch die Direktion von Therese Frösch wieder vor den

Stadtrat kommen muss. Ich erinnere diesbezüglich daran, wie es mit der Drogenanlaufstelle Hodlerstrasse gelaufen ist. Lange von links unterstützt, von rechts bekämpft und umgekehrt, konnte die Anlaufstelle nie richtig funktionieren. Es wurde so lange blockiert, bis wir im Stadtrat über ein konkretes Konzept mit Kreditrahmen befinden konnten. Seither kann dort in Ruhe gearbeitet werden und die Anlaufstelle funktioniert gut. Deshalb beantragen wir in Punkt vier, dass das Projekt Alkistübli vor der Realisierung dem Stadtrat zur Genehmigung unterbreitet wird, sobald die Direktion DSO Standortwahl, Konzept und Finanzplan ausgearbeitet hat. Dies ermöglicht eine breite Abstützung des Projektes. Noch etwas zu den Wegweisungen, welche Daniele Jenni als dermassen schlechtes Beispiel hinstellt. Ich erinnere Herrn Jenni daran, dass man etwas Ähnliches auch im Sport kennt, nämlich mit gelben und roten Karten. Noch kurz zu den Anträgen: Den Nichteintretensantrag von Daniele Jenni lehnen wir ab. Ebenso lehnen wir die Variante mit 280 Stellenprozenten ab. Die meisten anderen Anträge der SVP sind in unseren Anträgen enthalten. Die Motion von Dieter Beyeler ist obsolet, wenn die anderen Dinge angenommen werden und wir bitten ihn deshalb, sie zurückzuziehen.

*Peter Künzler* (GFL) für die GFL/EVP-Fraktion: Es scheint mir bei dieser Gelegenheit angebracht, kurz darzulegen, was PINTO nicht ist. Hier gibt es manchmal Missverständnisse. PINTO ist kein Programm, das sich ausschliesslich mit den Leuten auf der Gasse oder mit jenen befasst, die am Rand der Gesellschaft leben. PINTO ist weder eine Konkurrenz noch eine Alternative zur Sozialarbeit. Man unterstellt uns, dass wir PINTO als Sozialarbeit betrachten. PINTO ist keine Sozialarbeit. Wir sind allerdings der Meinung, dass die Sozialarbeit in der Stadt auf Reintegration und auf ein selbständiges Leben der Betroffenen ausgerichtet sein soll. PINTO hat nichts mit dem Aussehen einer Person zu tun und ist nicht dazu da, das Stadtbild zu verschönern, indem man Menschen zu entfernen versucht, die das Einkaufszentrum Altstadt stören. PINTO hat nichts damit zu tun, obwohl das gewisse Geschäfts- und Saubermänner in dieser Stadt natürlich fordern. Der Linken im Rat möchte ich sagen, dass PINTO eben nicht einfach eine Massnahme zur Verbesserung des Stadtbildes ist. PINTO ist keine Säuberungsaktion, das sage ich nach rechts aussen und nach links aussen. Was ist PINTO? Der gesamte öffentliche Raum soll unserem Verständnis nach eine Art Begegnungszone sein und bleiben. PINTO hat den Zweck, gefährdete Teile dieses Begegnungsraumes zu schützen und zu fördern. PINTO hat nicht eine, sondern mehrere Gruppen als Adressaten und es geht darum, das Zusammenleben dieser Gruppen zu fördern. PINTO greift vermittelnd ein. Wenn das nicht klappt, dann ruft PINTO die Polizei. Die Leute von PINTO haben aber keinerlei polizeiliche Kompetenzen. Als Vermittler wendet sich PINTO auch ganz wesentlich an Geschäftsinhabende, Passantinnen und Passanten, die Menschen am Rand der Gesellschaft nicht tolerieren wollen, weil ihnen deren Aussehen nicht passt. Das geht nicht und es ist ebenfalls eine Aufgabe von PINTO, darüber aufzuklären, dass diese Menschen dasselbe Recht haben sich im öffentlichen Raum aufzuhalten, wie alle anderen, wenn sie sich korrekt benehmen. Die Fraktion GFL/EVP will auf dieses Geschäft eintreten. Wir unterstützen Vollvariante 1. Die Begründung hat die Kommissionssprecherin bereits gegeben. Barbara Streit-Stettler von der EVP wird in der Folge noch einen Einzelantrag bezüglich Alkistübli begründen. Dieser Antrag hat einen ähnlichen Inhalt wie jener von Heinz Rub. Er richtet sich aber keinesfalls gegen das Prinzip des Alkistübli. Weiter unterstützen wir die Zusatzanträge der FDP-, wie auch jene der SVP/JSVP-Fraktion. Die Fraktion GFL/EVP ist sehr erfreut, dass der Gemeinderat derart schnell und umfassend auf die von uns überwiesenen Vorstösse reagiert hat.

*Raymond Anliker* (SP) für die SP/JUSO-Fraktion: Ich bin überzeugt, dass wir mit PINTO Variante 1 ein sinnvolles Instrument zur Förderung präventiver Massnahmen, zur Intervention gegen störendes Verhalten und zur Förderung von Toleranz zwischen allen Nutzerinnen und Nutzern des öffentlichen Raumes schaffen können. Es ist unehrlich, wenn wir so tun, als

könnten wir vor gewissen Verhältnissen die Augen verschliessen. Es gibt objektiv störendes Verhalten, das zwar nicht strafrechtlich relevant ist, aber dazu führt, dass gewisse Bereiche des öffentlichen Raumes gemieden und stigmatisiert werden. Es ist auch wichtig, die Angebotsseite für Obdachlose oder Drogensüchtige auszubauen. PINTO soll in erster Linie zu Koexistenz zu Toleranz an sozial- und ordnungspolitischen Brennpunkten führen. Dazu muss das Projekt über Präventionsangebote verfügen (Alkistübli), oder Menschen an Präventionsangebote weiterverweisen. PINTO muss über die nötigen Instrumente zur Intervention gegen störendes Verhalten verfügen und muss dabei auch mit der Polizei zusammen arbeiten. PINTO muss dazu führen, dass auf das Instrument der Wegweisung verzichtet werden kann. Es soll unserer Ansicht nach in folgenden Situationen zum Einsatz kommen: Unter anderem beim offenen Drogenkonsum, bei der Bildung von Drogenszenen, beseitigen von Spritzenabfällen, Trinkgelagen, Urinieren im öffentlichen Raum, Konflikten in der Szene, freilaufenden Hunden, übermässiger Lärmbelastung.

In Konflikten soll das Gespräch mit den Betroffenen gesucht und die Anliegen von Anwohnenden oder Geschäftsinhabenden respektiert werden. Es soll mit allen Beteiligten gemeinsam nach Lösungen gesucht werden, welche die Toleranz fördern oder Modelle der Koexistenz ermöglichen. PINTO-Mitarbeitende bieten Beratung, Unterstützung und Hilfeleistung. Zum Beispiel in der HIV- und Hepatitisprävention, in Ernährungs-, Sucht-, Arbeits- und Wohnfragen, in der Wundversorgung oder beim problematischen Verhalten von Freiern auf dem Strich. Sie weisen weiter auf Rückzugsmöglichkeiten hin, tragen zur Früherfassung von Jugendlichen bei, bei denen sich ein chronischer Aufenthalt auf der Gasse abzeichnet. PINTO-Mitarbeitende tragen nicht zuletzt zur Vernetzung zwischen den Institutionen bei. Sie verfügen nicht über polizeiliche Kompetenzen, sondern intervenieren ausschliesslich auf einer kommunikativen Ebene. Repressive Intervention muss den Betroffenen vorher angekündigt werden und die Folgen bei Nichtbeachtung müssen aufgezeigt werden.

Ich komme zur politischen Bewertung. Das Instrument PINTO als Kombination von Sozialarbeit und ordnungspolitischer Funktion erachten wir als adäquate Reaktion auf nicht strafrechtlich relevantes, jedoch störendes Verhalten. Der Einsatz führt nicht zur Kriminalisierung, wie das bei der Wegweisung der Fall ist. Intervention wird mit Hilfe, Beratung und Konfliktlösung verbunden, was die Polizeiarbeit schlicht nicht in der Lage ist zu leisten. Das Ziel ist nicht die Ausgrenzung von Betroffenen, sondern ihre Integration oder eben die Möglichkeit zur Koexistenz. SIP Zürich hat gezeigt, dass diese Form von Konfliktmanagement für problembehaftete Orte im öffentlichen Raum zur Erhöhung des subjektiven und auch des objektiven Sicherheitsgefühls beiträgt. PINTO kann realistisch betrachtet nicht alle Probleme lösen, aber es trägt dazu bei, dass die bis anhin vernachlässigte Schnittstelle zwischen dem Sicherheitsbedürfnis und zwischen einer gesellschaftlichen Koexistenz besser beachtet wird. Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt einstimmig Variante 1 der Vorlage. PINTO nur auf Bürozeiten von Montag bis Freitag zu reduzieren, finden wir falsch. Man kann der Idee von Anfang an den Todesstoss versetzen, wenn man das Team unterdotiert, aber die Erwartungen an die Arbeit aufrechterhält. Die vorgeschlagene Variante ist realistisch und ermöglicht eine sinnvolle Organisationsstruktur und gute Arbeitsbedingungen.

Den Anträgen der FDP-Fraktion stimmen wir zu, der Antrag wird mit den Zielen von PINTO ergänzt, was nicht im Widerspruch zum Vortrag steht. Wir wollen hier und heute keine Wegweisungsdiskussion forcieren. Wir werden uns nie einig darüber sein, ob dieses Instrument eine „Ultima ratio“ oder, so wie ich es empfinde, eine „primae Ratio“ ist. PINTO könnte aber dazu führen, dass die Wegweisung gar nicht mehr angewendet werden muss. Immerhin gilt es zu respektieren, dass wir uns zu einer gemeinsamen Aussage auf die reduzierte Anwendung des Artikels 29b des Polizeigesetzes durchringen konnten. Deshalb stimmen wir diesem Punkt des Antrages zu, im Wissen darum, dass wir dieses Instrument nach wie vor als falsch erachten. Zu den weiteren Anträgen: Dem dritten Punkt der Anträge der SVP werden wir nicht

zustimmen. Wir vertreten die Ansicht, dass im Punkt 2 der Anträge dieser Inhalt bereits in einer offeneren und weniger absoluten Formulierung enthalten ist. Ausserdem ist dieser Punkt auch nicht Teil der Zielformulierungen im Vortrag und ist auf der operativen Ebene auch eine Stufe weiter unten angesiedelt als die anderen. Dem FDP-Antrag zum Alkisübli werden wir zustimmen. Er ist unserer Meinung nach sehr viel konkreter als die Motion Beyeler. Diese lehnen wir ab, falls sie nicht zurückgezogen wird. Diese Motion ist für uns insofern eine „Blackbox“, als sie nicht nur ein Alkisübli beinhaltet, sondern grundsätzlich verlangt, dass so genannt Randständige einfach einem anderen Ort zugewiesen werden. Das ist für uns allzu pauschal und greift auch der Suche nach koexistentiellen Möglichkeiten ein Stück weit vor. Das ist nicht das Ziel von PINTO.

*Catherine Weber* (GB) für die GB/JA!/GPB-Fraktion: Das Grüne Bündnis und die Junge Alternative JA! sind für Eintreten auf die Vorlage. Wir sperren uns nicht grundsätzlich gegen einen Versuch, die Koexistenz im öffentlichen Raum zu fördern. Genau das erwarten wir von PINTO und nicht mehr. Wir sind aufgrund der bisherigen Diskussionen allerdings sehr skeptisch und stellen klare Bedingungen und Forderungen an diesen Versuch. Wir haben jetzt einen Antrag des Gemeinderates auf dem Tisch, der sich sehr am Projekt SIP in Zürich orientiert. Ein Projekt, das übrigens längst nicht alle Zürcherinnen und Zürcher so gut finden, wie das jetzt hier immer gesagt wird und schon gar nicht die Betroffenen selber. GB und JA! sind skeptisch gegenüber PINTO. Wir möchten davor warnen, zu hohe Erwartungen an dieses Projekt zu stellen. Wir haben vorhin gehört, was diese PINTO-Leute alles machen sollen. Bitte bleiben Sie auf dem Boden der Realität.

Je kleiner die so genannten Szenen werden, desto lauter wird der Ruf, diese Menschen ganz aus dem öffentlichen Raum zu vertreiben. Das sollte uns allen eigentlich zu denken geben. Für uns sind sehr viele zentrale Fragen noch unklar. Wir kennen beispielsweise die Pflichtenhefte der PINTO-Leute nicht. Wir wissen nicht, wer so heikle Begriffe wie „störendes Verhalten“, „übliche Gepflogenheiten“ oder gar „Toleranz“ definiert und in welchen Situationen das geschieht. Wir wissen auch nicht, wie genau die PINTO-Leute im Alltag vorgehen und handeln wollen und es ist völlig unklar, was die Rolle und das Verhalten der Polizei ist. Wir fragen uns, ob die Polizei gemäss ihren üblichen Gepflogenheiten handeln soll oder ob sie neu nur noch bei strafrechtlich relevanten Vorkommnissen eingreift.

Die vom Gemeinderat zusätzlich in PINTO hineingepackte soziale Reintegration, insbesondere von Jugendlichen, scheint uns mehr als nur problematisch. Das kann sehr schnell zu einer totalen Überforderung werden oder auch zu neuen Konflikten führen. Wir haben immer gesagt, dass ein solcher Versuch – und das ist es für uns, ein Pilotversuch für zwei Jahre, den wir kritisch verfolgt werden – nur funktionieren kann, wenn gewisse Bedingungen erfüllt sind. Die polizeilichen Wegweisungen müssen gestoppt werden. Nur so schafft man für alle eine Vertrauensbasis. Es muss von uns allen akzeptiert werden – auch vom Cityverband –, dass es Leute gibt, die sich auf der Gasse treffen wollen, sei es im Bahnhof oder je nach Wetter auf der kleinen Schanze. Diese Menschen wollen genauso im Zentrum des Geschehens leben wie wir alle auch.

Die im Vortrag erwähnten Rückzugsmöglichkeiten sind ungenügend. Weder eine Drogenlaufstelle an der Hodlerstrasse noch das KODA oder andere bestehende Institutionen sind für einen längeren Aufenthalt am Tag oder am Abend bis spät in die Nacht konzipiert. Es braucht also auch hier unbedingt mehr Angebote. Was genau aber das Bedürfnis ist, wissen wir alle nicht. Das muss in enger Zusammenarbeit mit jenen privaten Institutionen abgeklärt werden, die bereits heute in diesen Bereichen tätig sind. Ebenso müssen die Betroffenen einbezogen werden. Es bringt nichts, wenn man ein so genanntes Alkistübli an einem zentralen Ort eröffnet und die Leute zwingt, sich dort aufzuhalten. Das ist weder für die PINTO-Leute ein Vergnügen, noch hilft es den Betroffenen. Das schafft nur neue Konfliktsituationen und Unmut

auf beiden Seiten. Auch wenn ein zentraler Ort gefunden wird, kann trotzdem nicht erwartet werden, dass sich die Alkoholkonsumierenden nur noch dort aufhalten. Es ist nach wie vor ihr Recht, sich auch an anderen Orten zu treffen. Eine weitere ganz wichtige Bedingung ist, dass von Anfang an ein guter Kontakt zu den gassennahen Institutionen aufgebaut wird. Ihnen ist es nämlich zu verdanken, dass die Situation der Szenen auf der Gasse heute so ruhig ist. Ihre Arbeit darf von PINTO nicht konkurrenziert oder gestört werden, auch nicht durch die Polizei. Es braucht darum viele Gespräche, Fingerspitzengefühl und regelmässige Kontakte, damit wir nicht neue Konflikte schaffen.

Wir sind der Ansicht, dass die vom Gemeinderat und von der Kommission empfohlene Variante 1 mit Kosten von 769 000 Franken zu teuer ist. Nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund, dass die Polizei selber – wie andere Fachleute auch – von einer Szenengrösse von jeweils 20 bis 50 Personen ausgeht. Auch wenn es kurzfristig mehr sein können, wir sollten die Relationen wahren. Daher unser Antrag auf eine mittlere Variante für diesen zweijährigen Pilotversuch. Sie erlaubt mit 380 Stellenprozenten für die zwei Versuchsjahre genügend Präsenz, auch bei Ferien oder Krankheit von Mitarbeitenden. Raymond Anliker möchte ich sagen: Natürlich gehen wir nicht davon aus, dass die PINTO-Leute einfach Bürozeiten absitzen. Im Gegenteil, es wird eine anspruchsvolle Arbeit sein, die eine hohe Flexibilität erfordert. Sie müssen am Nachmittag, am Abend und am Wochenende auf der Gasse sein. Von Bürozeiten kann hier deshalb nicht die Rede sein. Entsprechend werden mit unserem Antrag auch die Kosten tiefer gehalten als bei Variante 1. Eine sorgfältige Auswertung wird zeigen, was es in Zukunft braucht. Wir plädieren dafür, endlich vom Begriff „Randgruppen/Randständige“ wegzukommen. Dieser Begriff drängt jene Menschen, welche ohnehin schon aus unserer Konsumgesellschaft und aus dem öffentlichen Raum ausgeschlossen sind, auch sprachlich und damit ideologisch an den Rand. Vor allem suggeriert er, dass es sich nicht um Menschen handelt, sondern um ein Problem, das man jetzt lösen, sprich von der Strasse weghaben will. Für GB und JA! ist deshalb klar, dass PINTO eine solche Problemlösung nicht sein kann und nicht sein darf. Die Anträge Rub und der SVP/JSVP lehnen wir mehrheitlich ab. Wir nehmen dann noch kurz Stellung dazu. Es gibt zwei Anträge, die wir unterstützen, so auch jenen der GFL/EVP. Ebenso unterstützen wir die Motion Beyeler. Wir finden den Grundsatz richtig, die Sprache jedoch daneben und es ist schade, dass es so geschrieben steht, denn Dieter Beyeler hat eigentlich anders gesprochen.

*Vinzenz Bartlome* (SVP) für die SVP/JSVP-Fraktion: Menschen, die sich in der Öffentlichkeit merkwürdig oder störend verhalten, sich nicht nach den Regeln der Gesellschaft benehmen, hat es schon immer gegeben. Seit sich aber vor rund zwanzig Jahren die Beschäftigungslage grundlegend verändert hat, seit die Unternehmen nicht mehr mit allen Mitteln den Mitarbeitenden, sondern die Arbeitnehmenden mit allen Mitteln den Stellen nachrennen, ist dieses auffällige Verhalten in der Öffentlichkeit viel deutlicher in Erscheinung getreten. Zentrale öffentliche Plätze wurden von einzelnen Gruppen in Beschlag genommen. Das unangepasste, für andere schwer verständliche Verhalten von Menschen, die ganz offensichtlich auf andere kaum Rücksicht nehmen, ist für viele Bürgerinnen und Bürger störend oder gar bedrohend geworden. Da die Stadt Bern nicht einfach hinnehmen will, dass gewisse zentrale Orte von Bürgerinnen und Bürgern gemieden werden und veröden, musste sie handeln. Erst der neue Wegweisungsartikel des Polizeigesetzes eröffnete hier wirksame Möglichkeiten, um zu Gunsten der Bürgerinnen und Bürger intervenieren zu können. Mit Wegweisungen kann die Polizei nun beispielsweise Gewerbetreibenden zu Hilfe kommen, wenn sie allzu sehr gestört werden. Dies hat durchaus auch Wirkung gezeigt. Man wird heute weniger angepöbelt als früher.

Die SVP/JSVP-Fraktion hat Bestrebungen stets unterstützt, in Bern ein dem zürcherischen SIP entsprechendes Projekt zu lancieren. Wir versprechen uns davon ein koordiniertes Anwenden polizeilicher und fürsorgerischer Massnahmen. Die Bürgerin und der Bürger verste-

hen immer weniger, wenn die Behörden ihre Massnahmen nicht aufeinander abstimmen, wenn die Fürsorge nicht weiss, was die Polizei tut und umgekehrt. Andererseits ist es so, dass man bei der sozialen Reintegration von Randständigen nur mit einer klug gewählten Mischung aus Fürsorge und Zwang Fortschritte erreichen kann. Hierfür ist PINTO der richtige Ansatz. Angesichts der Kosten hat auch unsere Fraktion mit sich gerungen und sich die Frage gestellt, ob man so etwas nicht auch billiger haben könnte. Wir sind aber klar zum Schluss gekommen, dass Bern heute ein flächendeckendes Projekt braucht. PINTO-Mitarbeitende müssen, vor allem in der Anfangsphase, in der Öffentlichkeit deutlich wahrgenommen werden. Bei Variante 2 besteht das Risiko, dass genau diese öffentliche Wirkung verloren geht. Kaum wahrnehmbare PINTO-Mitarbeitende wären nutzlos, das Projekt bereits gescheitert und das Geld vertan. Die SVP/JSVP-Fraktion unterstützt deshalb Variante 1. Wir versprechen uns dadurch auch eine spürbare Entlastung der Polizeiarbeit. Wir meinen allerdings, dass PINTO nach zwei Jahren grundlegend und vorurteilsfrei überprüft werden muss. Dabei wird man auch die künftige personelle und finanzielle Grösse des Projektes überdenken müssen. Diese politischen Entscheide muss der Stadtrat fällen können. Deshalb möchten wir das auch im eigentlichen Stadtratsbeschluss festhalten.

Die SVP/JSVP-Fraktion unterstützt die Anträge Rub. Es wäre schwer verständlich, wenn Bern nicht von den Erfahrungen des SIP profitieren würde, deshalb braucht es ein Initialcoaching. Politisch brisante Projekte wie die Realisierung des Alkistübli sollten nach unserem Empfinden hier im Stadtrat diskutiert und entschieden werden. Es ist auch sinnvoll, die Zielsetzungen des Projektes PINTO in den Beschluss des Stadtrates aufzunehmen. Allerdings möchten wir die soziale Reintegration, für uns ein Kernstück dieses Projektes, in die Zielsetzungen aufnehmen. Wir müssen auf absehbare Zeit mit einer wirtschaftlichen Stagnation rechnen. Alle Indikatoren deuten darauf hin, dass kurz- bis mittelfristig keine substantielle Verbesserung der Wirtschaftslage zu erwarten ist. Vor allem nicht im Bereich des Arbeitsmarktes. Das heisst auch, dass wir damit rechnen müssen, dass in zunehmendem Mass Menschen aus allen sozialen Netzen herausfallen und auf der Gasse landen. Wer lange keine Arbeit hat, hat es oft schwer, für sich und sein Leben eine Perspektive zu finden. Hier reicht es nicht, diese Menschen in einer teuren Fürsorgewarteschlange zu parkieren. Es reicht auch nicht, mit einem papierigen Grundrechtskatalog zu winken, damit ist diesen Menschen nicht geholfen. Wir meinen, dass PINTO hier eine wichtige Aufgabe hat. PINTO kann diese Probleme zwar nicht lösen, aber es kann Weichen stellen, die zu einer Lösung führen können. Es ist ein Projekt, das der Verödung des öffentlichen Raumes entgegentritt und erreichen soll, dass man sich wieder überall frei bewegen kann. Noch mehr ist PINTO eine Hoffnung für all jene, die durch alle Maschen des sozialen Netzes gefallen sind, sich nicht mehr selber zu helfen wissen und deshalb einer gewissen fürsorgerischen Strenge, einem warmen Herz und einer festen Hand bedürfen.

### **Einzelvoten**

*Barbara Streit-Stettler (EVP):* Ich möchte kurz unseren Antrag begründen. Für uns ist unbestritten, dass es auch niederschwellige Angebote für Alkoholabhängige braucht. Wir fragen uns jedoch, wie diese Angebote aussehen und an wen sie sich richten sollen. Im Vortrag ist das Ganze lediglich mit einem Satz und dem saloppen Begriff „Alkistübli“ abgehandelt worden. Für uns tauchen da Fragen auf, die wir gerne vom Gemeinderat beantwortet hätten. An wen richtet sich dieses Angebot? Die Gruppe der Alkoholabhängigen ist nicht homogen, es gibt mehrere Untergruppen mit verschiedenen Bedürfnissen und Defiziten. Daraus ergibt sich auch die Frage, was mit jenen geschieht, die das Alkistübli nicht nutzen werden. Weiter ist unklar, wie intensiv die Anwesenden im Alkistübli betreut werden. Wir glauben nämlich nicht, dass es ohne Betreuung funktioniert. In Biel ist es übrigens auch so. Auch dort funktioniert

das Alkistübli nicht als „Perpetuum Mobile“. Bisher wurde es als Provisorium in der Nähe eines Beschäftigungsprogramms geführt und konnte deshalb kombiniert betreut werden, was den Betrieb kostengünstig machte. Jetzt soll es definitiv werden und man ist deshalb in Biel auf der Suche nach einem Raum. Gleichzeitig soll die Betreuung verbessert werden. Diese Auskünfte habe ich vom Sozialvorsteher von Biel bekommen. Er hat übrigens gesagt, dass auch die Polizei ab und zu ein Auge auf das Alkistübli wirft. Weiter möchten wir wissen, wie das Angebot Alkistübli mit anderen eventuell weiterführenden Angeboten vernetzt wird. Offensichtlich gibt es in Bern auch für alkoholabhängige bereits verschiedene Angebote (z.B. das Azzuro), die aber noch besser miteinander verknüpft werden müssen. Uns geht es nicht darum, dass man die Alkoholabhängigen einfach aus dem Stadtbild entfernt. Sie sollen vielmehr durch ein Angebot, das ihnen in ihrer Situation Perspektiven bietet, abgeholt werden. Übrigens hat sich die Berner Gesundheit (BeGes) Ende der 1990er Jahre schon einmal mit einem Konzept Alkistübli befasst. Vielleicht kann man auf dieses Konzept noch zurückgreifen.

*Simon Röthlisberger (JA!)*: Ich nehme kurz zu den Anträgen Stellung. Zum Antrag der GFL: Wir gehen davon aus, dass nun das Ja zum Alkistübli beschlossen wird und dass das Ausführungskonzept nach der Ausarbeitung dem Stadtrat lediglich zur Kenntnis gebracht wird. Zu den Anträgen Rub: Ich denke, dass der vierte Punkt zu einer massiven Komplizierung und zu einer Verzögerung des Projektes führen wird. Wir werden deshalb diesen Antrag sowie alle anderen Anträge der FDP ablehnen. Zur Bemerkung von Heinz Rub betreffend Initialcoaching: Für uns stellt sich die Frage, wie man beim Initialcoaching auf die 5 000 Franken kommt. Dies scheint uns aus der Luft gegriffen. Weiter finden wir, dass es noch andere Städte gäbe, die mit solchen Projekten Erfahrung haben. Zu den Anträgen der SVP/JSVP: Den Antrag an den Gemeinderat (Punkt 4) unterstützen wir, die restlichen nicht.

*Daniele Jenni (GPB)*: Ich nehme zuerst zu den Fraktionserklärungen Stellung. Heinz Rub hat gesagt, Sport habe auch Regeln und hat das offenbar als Vergleich gemeint mit den Regeln, die im Projekt PINTO gelten sollen. Der Unterschied ist, dass im Sport diese Regeln festgehalten und somit überprüfbar sind. Das ist weder bei einer Intervention durch PINTO noch bei einer polizeilichen Wegweisung der Fall, weil es dort gar keine Regeln gibt. Es gibt nur den Hinweis darauf, was üblich ist und was nicht. Das ist eine rechtsstaatliche Sünde.

Peter Künzler hat gesagt, PINTO habe nichts mit dem Aussehen der Leute zu tun. Ich frage mich, in welcher Welt Herr Künzler lebt. Selbstverständlich haben Wegweisungen in der Praxis immer mit dem Aussehen zu tun gehabt. PINTO wird sehr stark damit zu tun haben. Die Möglichkeiten der Diskriminierung liegen im Programm selber begründet, da muss man sich keine Illusionen machen. Es wurde mehrmals betont, dass Mitarbeitende von PINTO keine polizeilichen Befugnisse hätten. Das stimmt zwar, aber hinter diesen Mitarbeitenden steht ständig die Drohung, die Polizei werde beigezogen. Es kommt deshalb auf das heraus, was ich bereits gesagt habe. Es handelt sich um eine Vorstufe der Polizei. Herr Künzler hat Recht, wenn er sagt, PINTO sei keine Sozialarbeit. Das habe ich auch nicht behauptet. Eine derart repressive Tätigkeit kann gar nicht den Namen Sozialarbeit für sich beanspruchen.

Wenn der Sprecher der SVP von papierigem Grundrechtskatalog spricht, ist das eine ehrliche Äusserung und zeigt genau die Konzeption, welche hinter PINTO steht. Dies nicht nur bei der SVP, sondern auch bei FDP und GFL, die das Projekt unterstützen. Die SVP ist ehrlich, das ist ihr anzurechnen.

Zu den gestellten Anträgen. Die Anträge von SVP/JSVP lehne ich ab. Ich weiss nicht was das soll „in enger Absprache und Koordination mit der Polizei wird im öffentlichen Raum Toleranz und Koexistenz gefördert“. Es ist genau das, was eben das Schlechte von PINTO ausmacht, nämlich die polizeiliche Funktion. Ebenfalls nicht unterstützen kann ich Punkt 4: „Die Wegweisungsverfügungen werden als „Ultima ratio“ angewendet. Mit der Interpretation der „Ultima

ratio“ haben wir seit sieben Jahren Erfahrung. Hunderte von Wegweisungen sind während dieser Zeit im Sinne der „Ultima ratio“ verfügt worden. Bei den Anträgen Rub kann ich unterstützen, dass Standortwahl, Konzept und Finanzplan des Alkistübli vorgängig der Realisierung dem Stadtrat zur Genehmigung unterbreitet werden sollen. Den Antrag von GFL/EVP kann ich auch unterstützen, stelle jedoch folgenden **Zusatzantrag: „dieses (das Konzept) ist in Zusammenarbeit mit den Betroffenen zu erarbeiten“**. In erster Linie aber bitte ich, auf die Vorlage nicht einzutreten.

Direktorin DSO *Therese Frösch* für den Gemeinderat: Ich danke Verena Furrer und Barbara Mühlheim, dass sie es uns ermöglichten, auch das Projekt SIP kennen gelernt zu haben. Ich möchte einige Zahlen zur Art der Interventionen in Zürich anführen. Im Jahr 2003 erfolgten 11% soziale Interventionen, 7% gesundheitliche Interventionen, Informationen/Kontaktvermittlungen 23% und ordnungspolitische Interventionen 58%. Im Jahr 2002 waren die Zahlen nur leicht verändert. Es ist eine Frage bezüglich Lastenausgleichs aufgetaucht. Thun hat eine solche Erfahrung gemacht und dort nehmen sie dieses Geld aus einem Fond. Sie haben auch festgestellt, dass der repressive Teil bei ihnen gar nicht so wichtig ist. Es ist ganz klar, dass der repressive Teil von der kantonalen Gesundheits- und Fürsorgedirektion nicht in den Lastenausgleich genommen wird. Es werden keine ordnungspolitischen Tätigkeiten aufgenommen. Ich habe das mehrmals mit Samuel Bhend besprochen. Er sagt, dass sie nichts Neues aufnehmen, bevor die Steuersenkungsinitiative komme. Wir müssten das selber bezahlen. Wir werden das Projekt PINTO, wenn es angenommen wird, natürlich wieder eingeben. Aber wie gesagt, der repressive Teil wird mit Sicherheit nicht aufgenommen. Es werden also für uns immer Kosten anfallen.

Noch etwas zum Antrag von Barbara Streit-Stettler betreffend Alkistübli: Das Alkistübli ist ein Prozess, bei dem man aufeinander eingehen muss. Wir haben im Rahmen der Erstellung des Gemeinderatsantrags mehrmals interessierte Stadträte und Stadträtinnen eingeladen (u.a. Daniele Jenni, Catherine Weber, Barbara Mühlheim). Zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern der Verwaltung haben wir dort eine Lösung erarbeitet. Die Überlegung war, dass es ja keinen Sinn ergibt, stundenlang etwas in der Verwaltung zu erfinden, das dann politisch keine Chance hat. Dieses Vorgehen hat sich bewährt und trägt zu erhöhter Akzeptanz eines Projektes bei. Der Gemeinderat bleibt bei seinem Antrag, dass er nicht beabsichtigt, das Projekt Alkistübli erneut vor den Stadtrat zu bringen. Dies hat verschiedene Gründe. Erstens ist es etwas Operatives. Es ist uns ja nicht versagt, die Betroffenen und alle einschlägigen Kreise wie die Heilsarmee, Contact, BeGes usw. einzubeziehen. Wir haben im Sinn, uns von diesen Organisationen ein Projekt vorstellen zu lassen und einen beschränkten Wettbewerb durchzuführen. Wir hatten bereits verschiedene Kontakte. Aber da wir es nicht selber machen wollen, sondern jene, die es besser können als die Verwaltung damit beauftragen, können wir uns nicht abschliessend dazu äussern. Ich möchte dennoch einige Informationen zum Alkistübli geben: Es soll eine geschützte Rückzugsmöglichkeit geben, für Alkoholabhängige und nicht für andere Leute. Es soll ein niederschwelliger Treffpunkt sein, in Ergänzung und Vernetzung zu den bestehenden Angeboten (medizinische Angebote, Arbeitsangebote usw.). Wir haben uns in Zürich informiert. Man muss das Ganze nicht neu erfinden, auch die Definitionen der Gruppen nicht. Es soll von 10 bis 17 Uhr geöffnet und für 20 bis 25 Personen ausgelegt sein. Alkohol kann man mitbringen. Es gibt aber keinen Ausschank. Die Trägerschaft wird eine Organisation aus dem Suchtbereich sein. Das Alkistübli wird durchgehend von einer Person betreut (ev. als niederschwelliges Arbeitsangebot durch Contact). Die Betreuung dient aber lediglich der Aufrechterhaltung einer gewissen Ordnung und der Kontrolle. Der Gesundheitszustand der Besucherinnen und Besucher – vorwiegend chronisch alkoholabhängige Personen – soll stabilisiert werden. Die Leute können aber nicht sozial betreut werden. Nutzer und Nutzerinnen helfen gegen Entgelt im Betrieb, sie sind teilweise mitverantwortlich. Dies ist im Sinn,

wie es Dieter Beyeler in seiner Motion geschrieben hat. Mit einem Betriebsbudget von 60 000 Franken pro Jahr, zuzüglich einmalige Einrichtungskosten von 33 000 Franken, liegt das Alkistübli Bern kostenmässig in der Mitte zwischen dem Alkistübli Zürich, mit voll ausgebauter Sozialarbeit (480 Stellenprozent, 600 000 Franken) und dem „Salon Jaune“ in Biel, den die Alkoholkonsumierenden in Eigenregie betreiben (Kosten von 10 000 Franken pro Jahr). Das Betriebskonzept soll mit den Besucherinnen und Besuchern zusammen ausgearbeitet werden. Das Konzept hängt stark mit der Lage und mit dem Raum zusammen. Alle bisher durch uns evaluierten Standorte wurden abgelehnt. Im Jahr 2000 das ehemalige Restaurant „Old Inn“. Im Oktober 2001, Nägeligasse 3e, die ehemalige Contact Anlaufstelle. November 2003 die ehemalige Herrentoilette in der Christoffel-Unterführung, April 2004 ein Eisenbahnwaggon auf dem Gelände des SBB-Güterbahnhofes und kürzlich der Pavillon der Stadtgalerie an der Hodlerstrasse 22. Im Moment prüfen wir den Känzli-Parkplatz (am nördlichen Lorraine-Brückenkopf, wo jeweils die Wohnwagen der „Schütz“ stehen), den Innenhof des Progr (geht offenbar nicht, da die Stadtgalerie ihren Pavillon dorthin zügeln will) und ev. noch den Hirschenpark. Ein neuer Standort darf nicht zu weit vom Zentrum entfernt sein, sonst hat es keinen Sinn. Wir wollen diese Leute nicht abschieben. Als Infrastruktur braucht es Wasser, Strom, Toiletten und eine einfache Kochgelegenheit. Der Gemeinderat ist keinem der Anträge, die gestern vorlagen, gefolgt. Ich bitte Sie im Namen des Gemeinderates, der Variante 1 zuzustimmen.

*Barbara Streit-Stettler (EVP):* Wir ziehen den GFL/EVP-Antrag zu Gunsten des Antrages Rub zurück, da unserer in jenem von Rub enthalten ist.

*Direktorin DSO Therese Frösch:* Ich finde es gut, wenn wir aufgrund der Diskussionen im Rat mehr Erfolg bei der Standortsuche haben. Ich möchte aber auch noch auf die Nachteile hinweisen. PINTO ist ein Gesamtpaket und dazu gehört die Motion von Dieter Beyeler. Er muss sich noch überlegen, ob er die Motion zurückziehen will, wenn PINTO angenommen wird. Ich rate Ihnen, ziehen Sie sie nicht zurück, auch wenn sie ähnlich tönt wie der entsprechende Teil in PINTO. Nehmen wir einmal an, die Einführung des Alkistübli würde durch die Diskussionen ein Jahr verzögert. Wir hätten dann PINTO ohne Alkistübli, weil den einen im Parlament dies und den anderen jenes nicht passt. Ich finde den demokratischen Prozess zwar in Ordnung, aber die eben beschriebene Situation des schlimmsten Falles verstösst gegen Treu und Glauben. Deshalb muss man sich das Zurückziehen der Motion Beyeler noch einmal gut überlegen.

*Heinz Rub (FDP):* Ich glaube nicht, dass dieser Punkt, den wir in PINTO aufnehmen wollen, das Projekt stören würde. Wir sagen ausdrücklich, dass zu PINTO das Alkistübli dazugehört. Die Leute der DSO sind daran, einen geeigneten Ort zu suchen und wir wollen dort nicht reinreden. Wir wollen einfach, dass wir zu gegebener Zeit noch einmal über den Standort diskutieren können. Es wird daraus einen Konsens geben, den der Rat mit der Direktion DSO zusammen mitträgt. Das ist der Sinn unseres Antrages.

*Direktorin DSO Therese Frösch:* Wenn sie nicht stören und reinreden wollen, könnte man doch auch sagen, dass eine Diskussion in der Kommission genügt.

*Heinz Rub (FDP):* Ich habe versucht, es anhand des Beispiels Drogenanlaufstelle Hodlerstrasse klar zu machen. Ein breiter Konsens konnte erst erzielt werden, als sich der Stadtrat einmal Zeit dafür genommen hat und die damalige Direktorin DSO, Ursula Begert, eine Kreditvorlage präsentiert hat. Man hat dann über die Rahmenbedingungen diskutiert und am

Schluss war eine Mehrheit dafür. Genau dasselbe Verfahren möchte ich Ihnen für das Alkistübli beliebt machen. Eine Diskussion in der Kommission reicht nicht.

*Catherine Weber (GB):* Ich finde, dass der Antrag Rub ein „Killerantrag“ ist. Wir sind uns alle einig, dass PINTO so genannt flankierende Massnahmen braucht. Nur dann wird PINTO funktionieren. Man müsste noch den Begriff „unterbreiten“ definieren. Wenn das „zur Kenntnis bringen“ bedeutet können wir es unterstützen. Wenn Sie aber hier im Rat eine Diskussion mit genehmigen/nicht genehmigen anstreben, sind wir ganz klar dagegen.

*Der Motionär Dieter Beyeler (SD) zu Traktandum 6:* Ich möchte festhalten, dass ich hier ausschliesslich zu meiner Motion rede. In diversen Gesprächen am Stein bei der Christoffel-Unterführung ist mir gegenüber der Wunsch geäussert worden, die Betroffenen nicht öffentlich als Randständige zu bezeichnen. Diesen Wunsch möchte ich respektieren. Bevor ich die vorliegende Motion verfasste, wollte ich zuerst mit den Betroffenen persönlich sprechen, inwiefern ein Vorhaben in Richtung eines so genannten Alkistübli von ihnen aufgenommen und beurteilt wird. Während diesen Gesprächen hat sich gezeigt, dass die Leute mit der bestehenden Situation auch nicht glücklich sind. Der jetzige Standort dränge sich jedoch mangels Alternativen auf. Gerade in der kommenden kalten Jahreszeit wird sich die Situation eher verschärfen, da vermehrt Leute aus diesem Umfeld in die Zone beim Bahnhof kommen werden. Sie finden dort einen gewissen Schutz und etwas Wärme, fühlen sich nicht alleine und sind unter Gleichgesinnten besser aufgehoben.

Der Gemeinderat stellt in seiner Antwort richtigerweise fest, dass immer mehr bisherige Treffs in der Stadt verschwinden. Es gibt fast kein Restaurant mehr, das diese Szene akzeptiert. Für die Betroffenen wird es immer enger und analog dazu steigen die Repressionen. Es drängt sich auf, dass wir raschmöglichst geeignete Räumlichkeiten für diese Leute finden. Dass man die Betroffenen in die Lösungsfindung einbeziehen muss, erachte ich als selbstverständlich. Nur so besteht die Chance, dass das Projekt erfolgreich ist und nicht plötzlich wieder der alte Zustand herrscht. Es sollte eine grösstmögliche Selbstverwaltung gestattet sein. In der Gruppe existiert nämlich eine – wenn auch wechselnde – lose Strukturierung. Man hilft sich gegenseitig, wo das möglich ist. Ich bin der Meinung, dass eine solche Selbstverwaltung mit einer minimalen Betreuung dazu beiträgt, das Selbstwertgefühl der Betroffenen zu stärken, da sie freiwillig eine kleine Verantwortung übernehmen. Ich will aus meinem Herz keine Mördergrube machen und bin jetzt nicht plötzlich zum Sozialhelfer mutiert. Sondern ich will wirksam mithelfen, die bestehenden Probleme in den Griff zu bekommen, damit der Bahnhofbereich zu einer akzeptablen Visitenkarte der Bundeshauptstadt Bern wird. Dies entspricht auch dem Wunsch eines Grossteils unserer Bevölkerung. Ich danke dem Gemeinderat für seine Antwort, die Probleme sind offenbar erkannt. Ich bitte Sie, der Motion zuzustimmen, damit die nötigen Massnahmen rasch umgesetzt werden können.

## **Beschlüsse**

*Zu Traktandum 4: Projekt für Prävention, Intervention und Toleranz PINTO für die Stadt Bern*

1. Der Rat lehnt den Nichteintretensantrag Jenni mit 2 : 66 Stimmen bei einer Enthaltung ab.
2. Der Rat stimmt bei der Gegenüberstellung der Anträge Fraktion SVP/JSVP neue Ziffer und Ergänzung Ziffer 4 und Rub neue Ziffer und Ergänzung Ziffer 3 mit 12 : 56 Stimmen bei einer Enthaltung jenem von Rub zu.
3. Der Rat stimmt bei der Gegenüberstellung der Anträge neue Ziffer von Rub und Gemeinderat mit 61 : 8 Stimmen bei einer Enthaltung jenem von Rub zu.

4. Der Rat stimmt bei der Gegenüberstellung von Eventualantrag Jenni und Antrag GB zu Ziffer 2 mit 2 : 59 Stimmen bei 8 Enthaltungen dem Antrag GB – Stellenetat von 380% – zu.
5. Der Rat stimmt bei der Gegenüberstellung von Antrag Rub und Antrag GB zu Ziffer 2 mit 56 : 8 Stimmen bei 5 Enthaltungen dem Antrag Heinz Rub zu.
6. Der Rat stimmt bei der Gegenüberstellung von Antrag Rub und Antrag Gemeinderat zu Ziffer 2 mit 56 : 7 Stimmen bei 5 Enthaltungen dem Antrag Rub zu.
7. Der Rat stimmt bei der Gegenüberstellung von Antrag Rub – neue Ziffer und neue Ziffer 3 – und Zusatzantrag Jenni mit 41 : 23 Stimmen bei 6 Enthaltungen dem Antrag Rub zu.
8. Der Rat stimmt bei der Gegenüberstellung von Antrag Rub neue Ziffer und neue Ziffer 3 und Antrag Gemeinderat mit 55 : 8 Stimmen bei 7 Enthaltungen dem Antrag Rub zu.
9. Der Rat stimmt bei der Gegenüberstellung von Antrag Gemeinderat und Antrag SVP/JSVP zu Ziffer 4 mit 7 : 60 Stimmen bei 3 Enthaltungen dem Antrag SVP/JSVP – nach zwei Jahren entscheidet der Stadtrat über das weitere Vorgehen – zu.
10. Der Rat stimmt dem bereinigten Antrag PINTO des Gemeinderates mit 59 : 2 Stimmen bei 9 Enthaltungen zu.

*Zu Traktandum 6: Motion Dieter Beyeler (SD) „Ein neuer Standort für die Randständigenszene der Stadt Bern“*

11. Der Rat lehnt die Motion Beyeler mit 25 : 33 Stimmen bei 12 Enthaltungen ab.

*Der Beschluss zum Projekt PINTO lautet*

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats betreffend Einführung eines Projekts für Prävention, Intervention und Toleranz (PINTO).
2. Er bereinigt und genehmigt die folgenden Zielsetzungen dieses Projekts:
  1. In enger Absprache und Koordination mit der Polizei wird im öffentlichen Raum Toleranz und Koexistenz von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen gefördert. Störendes Verhalten wird mit verschiedenen sozial- oder auch ordnungspolitischen Interventionen auf ein tolerierbares Mass reduziert.
  2. Bei allen Menschen und insbesondere bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen, welche sich vorwiegend im öffentlichen Raum aufhalten, soll mit gezielten niederschweligen Interventionen der Gefahr einer Chronifizierung des Aufenthalts auf der Gasse vorgebeugt werden.
  3. Die Wegweisungsverfügungen nach Artikel 29b des Polizeigesetzes (PoIG) werden auf als „Ultima ratio“ angewendet.
3. Er genehmigt Variante 1 (mit Total einmaligen Kosten von Fr. 65'000.00): Kontinuierliche, möglichst flächendeckende Präsenz von PINTO im öffentlichen Raum an sieben Tagen in der Woche mit einem Stellenetat von 680%.
4. Er nimmt zur Kenntnis, dass die Direktion für Soziale Sicherheit einen allfälligen Nachkredit an das finanzkompetente Organ einleiten wird und dass Standortwahl, Konzept und Finanzplan des Alkistübli vorgängig der Realisierung dem Stadtrat zur Genehmigung unterbreitet werden.
5. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt. Nach 2 Jahren entscheidet der Stadtrat über das weitere Vorgehen.  
(Schlussabstimmung: 59 Ja, 2 Nein, 9 Enthaltungen)

**5 Interfraktionelle Motion GB/JA!/GPB, SP/JUSO, GFL/EVP (Catherine Weber, GB/Miriam Schwarz, SP/Peter Künzler, GFL) vom 20. September 2001: Kinder in der Lorraine: Betreutes Spielen für die Kleinsten; Abschreibung**

Geschäftsnummer 01.000406

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Interfraktionelle Motion GB/JA!/GPB, SP/JUSO, GFL/EVP vom 20. September 2001 abzuschreiben.

*Simon Röthlisberger* (JA!) für die Motionärinnen und Motionäre: Die SBU empfiehlt Ihnen einstimmig, diese Motion abzuschreiben.

**Beschluss**

Die Motion wird stillschweigend abgeschrieben.

- Die Traktanden 7, 8, 9, 10 und 11 werden auf eine spätere Sitzung verschoben.

## Eingänge

Es werden eine Dringliche Motion, drei Motionen, ein Postulat, zwei Interpellationen und eine Kleine Anfrage eingereicht und an den Gemeinderat weiter geleitet, nämlich:

### **Dringliche Motion Fraktion GB/JA!/GPB (Catherine Weber GB): Es braucht ein „Winterstübli“ im städtischen Teil des Bahnhofs**

Bis dass das Projekt PINTO funktionieren kann, bzw. bis die Mitarbeitenden gefunden und eingestellt sind, die Absprachen mit anderen involvierten (gassennahen) Institutionen geführt und die Infrastruktur (unter anderem das vorgesehene zentral gelegene „Alkistübli“) aufgebaut sind, wird es noch einige Monate dauern.

Damit sich die Diskussion und öffentliche Debatte pro und contra „Ausgrenzung“ nicht zum x-ten Mal wiederholen muss, bzw. damit auf die polizeilichen Wegweisungen verzichtet werden kann, wird der Gemeinderat aufgefordert

Der sogenannten Alki-Szene im städtischen Teil des Berner Bahnhofs (Christoffel-Unterführung) einen Platz zur Verfügung zu stellen, an welchem sie sich über die Wintermonate aufhalten können, ohne dass sie von der Polizei weggewiesen werden. Bei der Bestimmung und minimalen Ausgestaltung dieses Orts sind die Betroffenen selbst, die gassennahen Institutionen sowie die in der Unterführung eingemieteten Geschäfte mit einzubeziehen.

#### *Begründung der Dringlichkeit:*

Der nahende Winter und die vorgesehene Schliessung des Restaurants „Traube“ halten sich nicht an den städtischen Fahrplan. Die Szenen werden sich wohl teilweise eine neue Beiz suchen, einige Betroffene werden aber vorübergehend wie in den letzten Jahren im Bahnhof Schutz vor Kälte und Regen suchen, da andere zentral gelegene Aufenthaltsorte fehlen. Um unnötige Diskussionen und Reaktionen zu vermeiden, soll der Gemeinderat unbürokratisch und schnell handeln.

Bern, 28. Oktober 2004

*Dringliche Motion Fraktion GB/JA!/GPB (Catherine Weber, GB), Daniele Jenni, Doris Schneider, Natalie Imboden, Martina Dvoracek, Michael Jordi, Simon Röthlisberger*

### **Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GB/JA!/GPB, GFL/EVP (Christof Berger/Ruedi Keller, SP/Catherine Weber, GB/Conradin Conzetti, GFL): Kurzfristig realisierbare Massnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit**

Die Erwerbslosenzahlen sind in der Stadt Bern im Zeitraum zwischen 2000 und 2003 markant gestiegen. Die Arbeitslosenquote hat sich in diesem Zeitraum – laut dem im Juni 04 erschienenen Kurzbericht der Statistikdienste der Stadt Bern – von 1,9% auf 4,7% erhöht, also mehr als verdoppelt. Es zeigt sich insbesondere eine Verschiebung innerhalb der Altersgruppen, indem der Anteil der Jugendlichen bis zum 25. Altersjahr überproportional gewachsen ist. Diese Tendenz ist auf dem gesamten Stadtgebiet festzustellen. In einigen Stadtteilen ist diese Entwicklung aber sehr alarmierend: z.B. sind im Stadtkreis VI (Bümpliz-Oberbottigen) 7.3% der 16 bis 19 Jährigen, 13.7% der 20 bis 24 Jährigen sowie 10% der 25 bis 29 Jährigen arbeitslos. Quartiere mit hoher Jugenderwerbslosigkeit sind über die ganze Stadt zu finden, konzentrieren sich aber in Bethlehem 9.1% / 16.1% / 11.6%, Bümpliz 5.9% / 12.7% / 9.9%, Stöckacker 4.7% / 9.3% / 5.2%, Holligen 7.8% / 4.5% / 5.0%, Lorraine 9.6% / 5.5% / 5.1%.

Das Problem ist effektiv viel grösser, als die RAV-Zahlen, auf die sich der Bericht der Statistikdienste stützt, dies belegen können. Es besteht eine grosse Differenz zwischen den Zahlen

der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) und den RAV-Zahlen. Man kann daraus schliessen, dass sich nur etwa die Hälfte der betroffenen Jugendlichen bei den RAV melden. Die Situation hat sich im August durch Stellen suchende LehrabgängerInnen zusätzlich verschärft. Die vorhandenen Zahlen geben zu Besorgnis Anlass. Auch die Situation auf dem Lehrstellenmarkt ist weiterhin angespannt.

Wer in jungen Jahren den Anschluss an die Berufswelt verpasst, sich mit Hilfsjobs durchschlagen muss, dem droht in wirtschaftlich schwierigen Zeiten immer wieder der Jobverlust – oft auch lebenslange Armut. Jugendliche werden abhängig von der Sozialversicherung. Dies belastet die ganze Gesellschaft. Junge Erwerbslose ohne Einkommen können die Sozialwerke der Schweiz in dem Alter nicht mittragen, wo sie am meisten gebraucht würden. Sie müssen im Gegenteil mit deren Mitteln im Bereich der Armutsgrenze unterstützt werden. Die eingeschränkte Kaufkraft von Erwerbslosen schwächt wiederum die Wirtschaft und ist oft Ursache für gesellschaftliche Isolation. Isolierte und mittellose Menschen werden dann auch häufiger krank, was wiederum das Gesundheitssystem belastet. Diese Kosten sind gemäss einer Studie des Seco langfristig wesentlich höher als Investitionen in Bildung und Arbeitsmarkt-massnahmen.

Massnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit gibt es in Bern bereits einige. Von städtischer wie von kantonaler Seite, als private Initiativen sowie als Massnahmen von Bildungsinstituten etc. Leider sind sie wenig koordiniert. Es existiert auch keine systematische Sammlung dieser Angebote und sie sind bei den Betroffenen wenig bekannt.

Wir beauftragen deshalb den Gemeinderat mit folgenden Massnahmen:

1. Die bestehenden Angebote der öffentlichen und privaten Anbieter in der Region (Stadt und umliegende Gemeinden) gegen Jugendarbeitslosigkeit werden mittels einer Informationsplattform optimal koordiniert, vernetzt und besser bekannt gemacht. Dafür sind insbesondere die Institutionen (z.B. Jugendtreffs), Medien (z.B. Internet, Ausgehmagazine) und Orte, die von Jugendlichen frequentiert werden, intensiv zu nutzen.
2. Diese Massnahme wird laufend überprüft und à jour gehalten.
3. Er erstellt dafür eine Kreditvorlage und ein Konzept.
4. Er wird beim Kanton vorstellig, damit in den RAV die Jugendlichen optimal beraten werden und auf die entsprechenden Massnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit hingewiesen werden. Er drängt insbesondere darauf, dass an den Schnittstellen Sekundarstufe 1 + 2 sowie beim Lehrabschluss/Berufseinstieg Initiativen ergriffen werden, dass junge Erwerbslose sich bei den RAV melden (Dunkelziffer von ca. 50%) und diese Dienstleistungen auch in Anspruch nehmen.

Die Jugendarbeitslosigkeit nimmt in der Stadt Bern bedrohliche Ausmasse an. Wir erwarten deshalb vom Gemeinderat, dass er die vorliegende Motion mit der gebotenen Vordringlichkeit behandelt.

Bern, 28. Oktober 2004

*Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GB/JA!/GPB, GFL/EVP* (Christof Berger/Ruedi Keller, SP/Catherine Weber, GB/Conradin Conzetti, GFL), Sylvia Spring Hunziker, Margareta Klein-Meyer, Sabine Schärner, Walter Christen, Andreas Krummen, Corinne Mathieu, Miriam Schwarz, Raymond Anliker, Rolf Schuler, Markus Lüthi, Béatrice Stucki, Rosmarie Okle Zimmermann, Michael Aebersold, Stefan Jordi, Thomas Göttin, Oskar Balsiger, Andreas Flückiger, Andreas Zysset, Margrith Beyer-Graf, Michael Jordi, Simon Röthlisberger, Natalie Imboden, Anna Coninx, Erik Mozsa, Verena Furrer-Lehmann, Ueli Stückelberger, Martin Trachsel, Martina Dvoracek, Barbara Streit-Stettler, Doris Schneider, Daniele Jenni, Peter Künzler

**Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GB/JAI!GPB (Corinne Mathieu, SP/Catherine Weber, GB):  
Lehrstellen auch für schulschwache Jugendliche!**

Immer weniger Jugendlichen gelingt es auf Anhieb, im Anschluss an die obligatorische Schulzeit eine Lehrstelle zu finden. Der Anteil derjenigen, die eine Zwischenlösung wählen (müssen), steigt stetig.

Einzelne Grossfirmen setzen für die Lehrlingsselektion je länger je mehr sogenannte „Multi-checks“ ein, deren Inhalt und Schwierigkeitsgrad vorwiegend auf Sekundarschulniveau angesiedelt ist. Diese Selektion führt dazu, dass schulschwache Jugendliche im Wettbewerb um die immer rarer werdenden Lehrstellen je länger je mehr die schlechteren Karten haben und in Bildungsgänge mit geringerem Prestige (Anlehren bzw. Berufsattest) abgedrängt werden. Eine geringe oder gar keine Bildung ist aber als eines der grössten Armutsrisikos (vgl. Volken, J. und C. Knöpfel, 2004) identifiziert worden.

Die Stadt Bern hat in den letzten zwei Jahren grosse Anstrengungen im Schaffen von Lehrstellen unternommen und das Angebot an Lehrstellen fast verdoppelt: Waren es im Jahr noch 64 Lehrstellen, bietet die Stadt nun 103 Lehrstellen, verteilt auf 16 Berufe, an.

Das Lehrstellenangebot für schulschwache Jugendliche ist weit geringer: Dieses beschränkt sich auf Anlehren bzw. Berufsattest in 4 Berufen. Dieses Angebot ist ungenügend. Auch schulschwachen Jugendlichen soll die Möglichkeit zu einem Berufslehraabschluss geboten werden. Schulschwache Jugendliche sind in einer Berufslehre nicht generell überfordert; mit spezifischer Unterstützung und Förderung seitens der Bildungsverantwortlichen in beruflicher Praxis sind sie durchaus fähig, eine Berufslehre erfolgreich abzuschliessen.

Der Gemeinderat wird deshalb aufgefordert:

1. Eine bestimmte Quote der städtischen Lehrstellen für schulschwache Jugendliche zu reservieren; diese Quote soll über alle geeigneten Berufe gleichmässig verteilt werden. Die betreffenden Lernenden – zusätzlich zu den Stütz- und Förderkursen in der Berufsfachschule – und ihre Bildungsverantwortlichen in betrieblicher Praxis sind während der Dauer der beruflichen Grundbildung zu begleiten.
2. Eine definierte Anzahl Lehrstellen mit geeignetem Profil für schulschwache Jugendliche zu schaffen.
3. Die notwendigen finanziellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen.
4. Sich über die dem Gemeinderat zur Verfügung stehenden Kanäle wie Wirtschaftsförderung und Submissionsverfahren auch bei anderen Firmen für dieses Anliegen einzusetzen.

Bern, 28. Oktober 2004

*Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GB/JAI!GPB (Corinne Mathieu, SP/Catherine Weber, GB),  
Natalie Imboden, Liselotte Lüscher, Sabine Schärner, Margareta Klein-Meyer, Sylvia Spring  
Hunziker, Raymond Anliker, Miriam Schwarz, Andreas Krummen, Walter Christen, Beat  
Zobrist, Rosmarie Okle Zimmermann, Béatrice Stucki, Markus Lüthi, Rolf Schuler, Andreas  
Zysset, Margrith Beyeler-Graf, Oskar Balsiger, Andreas Flückiger, Ruedi Keller, Christof Ber-  
ger, Thomas Göttin, Doris Schneider, Annemarie Sancar-Flückiger, Simon Röthlisberger, Ste-  
fan Jordi, Martina Dvoracek, Daniele Jenni, Martin Trachsel, Erik Mozsa, Michael Jordi*

**Motion Fraktion SVP/JVSP (Peter Bühler/Ueli Jaisli/Peter Bernasconi, SVP): Schluss mit dem linksextremen Chaotikum der Antifa und ihrem schwarzen Block!**

Am Samstag dem 23. Oktober 2004 versammelten sich zwischen 300-400 Anhänger der Antifa mit ihrem schwarzen Block im Monbijou um gegen „Ausgrenzung“ und für die „Rückeroberung des öffentlichen Raumes“ unerlaubt zu demonstrieren. Die Demonstranten zeigten sich

schon vor Beginn der Kundgebung nicht bereit, mit der Polizei über die Route zu sprechen und verhielten sich gegenüber den „Ordnungshüter“ sehr ablehnend.

Als die Kundgebung begann, trat einmal mehr der linksextreme schwarze Block in Aktion und die Demo wurde, wie schon mehrmals zu einer „Tour de grand dégâts“ in Berns Innenstadt. Häuser, Autos und Fahrzeuge von Bernmobil wurden verschmiert und verspritzt. Bei verschiedenen Geschäften wurden Scheiben eingeschlagen und die Fassaden verschmiert. Die Polizei wurde massiv mit Flaschen und Steinen beworfen, was sogar zu Verletzungen führte. Die Polizei reagierte mit dem Einsatz von Tränengas und Gummigeschossen.

Dass die Situation, trotz dem vorbildlichen Vorgehen der Polizei eskalierte, war wie es sich später herausstellte, von der Antifa von Anfang an so geplant. Das nicht noch mehr „aus dem Ruder lief“, ist einmal mehr der Berner Stadt Polizei zu verdanken. Leider ist es in den vergangenen Jahren eine Tradition geworden, dass Demonstrationen, an denen sich die Antifa und ihr schwarzer Block beteiligten, eskalierten. Regelmässig entsteht bei ihren Kundgebungen, an denen sie sich beteiligen, anschliessend sehr grosser Sachschaden und regelmässig gibt es auch bedauerlicherweise Verletzte. Aus den oben geschilderten Ereignissen und den Geschehnissen der letzten Jahre im Zusammenhang mit der Antifa und ihrem schwarzen Block, wird der Gemeinderat zur Umsetzung der folgenden Punkte beauftragt:

1. Ein Hausverbot der Mitglieder der Antifa und dem schwarzen Block in der Reithalle! Dies ist im Leistungsvertrag als Pflicht festzuhalten!
2. Mitglieder der Antifa müssen erfasst und registriert werden, genau gleiche Handhabung wie bei rechtsradikalen Gruppierungen.
3. Mitglieder der Antifa, welche bei unbewilligten Demos oder straffälligen Aktionen mitmachen oder sich an Gewalttaten beteiligen, müssen konsequenter zur Verantwortung gezogen werden.
4. Der Gemeinderat wird mit dieser Motion aufgefordert endlich zu handeln!

Bern, 28. Oktober 2004

*Motion Fraktion SVP/JSVP (Peter Bühler/Ueli Jaisli/Peter Bernasconi, SVP), Hans Ulrich Gränicher, Margrit Thomet, Vinzenz Bartlome, Thomas Weil, Erich Rytter*

### **Motion Fraktion FDP (Philippe Müller): Matte-Quartier nicht abschneiden – Zubringerdienst gestatten**

In der Matte herrscht seit einigen Monaten ein striktes und absolutes Nachtfahrverbot. Dieses geht soweit, dass sogar der Zubringerdienst nach Mitternacht nicht mehr möglich ist und somit selbst Anwohner nicht mehr per Fahrzeug von Drittpersonen nach Hause gebracht werden dürfen. Damit wird das ganze Quartier vom (Nacht)Leben abgeschnitten. Die Auswirkungen sind offensichtlich:

Die für die Matte typischen und traditionsreichen Szenenlokale sind für viele Besucher/innen unerreichbar geworden und sind in ihrer Existenz klar bedroht. Der öffentliche Verkehr ist völlig ungenügend und stellt keine Alternative dar. Das absolute „Nachtfahrverbot“ zeitigt auch eine absolut abschreckende Wirkung und erzeugt eine Schwellenangst, die Matte nach Einbruch der Dunkelheit überhaupt noch zu besuchen. Davon sind letztlich auch Restaurants und weitere Betriebe und Geschäfte betroffen. Die Matte mit ihren charakteristischen Lokalen, Betrieben und Geschäften ist allein durch die Mattebevölkerung nicht überlebensfähig. Sie lebte immer auch von auswärtigen Besucherinnen und Besuchern.

Am Abend und in der Nacht (und mittelfristig auch tagsüber) herrscht in der Matte „tote Hose“. Das wollen wir nicht. Das ist auch nicht die Idee eines Stadtquartiers. Die Matte soll keine Geisterstadt werden.

Deshalb kann zwar das Fahrverbot für den Durchgangsverkehr in Kraft bleiben (durchaus ganztägig, damit auch Kinder etwas davon haben). Wer jedoch ein Lokal besuchen will, soll dies – gerade in der etwas abseits gelegenen Matte – auch nach Mitternacht noch straffrei tun, bzw. auch nach Mitternacht noch straffrei nach Hause fahren dürfen.

*Der Gemeinderat wird daher ersucht, im Rahmen des Fahrverbotes in der Matte den Zubringerdienst auch in der Zeit von 00.00–05.00 Uhr zu ermöglichen.*

Bern, 28. Oktober 2004

*Motion Fraktion FDP (Philippe Müller), Stephan Hügli-Schaad, Jacqueline Gafner Wasem, Max Suter, Jsabelle Blunschy Scheidegger, Dolores Dana, Markus Kiener, Mario Imhof, Hans-Ulrich Suter, Hans Peter Aeberhard, Karin Feuz-Ramseyer, Heinz Rub, Markus Blatter*

### **Postulat Natalie Imboden (GB): Atom-Sicherheitsbericht: Jod-Tabletten als Kampagnentabletten für Mühleberg-Ersatz und AKW-Ausbau?**

„Pläne für ein neues AKW“, „100 Millionen für Mühleberg“, „Millionen von Tabletten für den Ernstfall“: diese und weitere ähnliche Schlagzeilen waren in den letzten Tagen und Wochen in den Medien zu lesen. Kurz bevor auf kantonaler Ebene die neue Energiestrategie beraten wird, strahlt die Atomlobby und die BKW Energie AG wie wild um sich und propagiert eine neue Etappe von Atomausbau.

Bisher war nur von den unternehmerischen Interessen für einen derartigen Ausbau die Rede. Von der Sicherheit der Bevölkerung ist noch kaum die Rede. Die politische Diskussion dazu läuft erst an. Gemäss Gemeindeordnung (Art. 8 Abs. 3) strebt die Stadt Bern an, die Atomenergie durch einheimische oder regenerierbare Energie zu ersetzen.

Gleichzeitig wird das Sicherheitsdispositiv für einen Atomkraftunfall geändert und neu sollen 1,2 Mio. Schweizerinnen im Radius von 20 Kilometern rund um AKWs Jodtabletten für den Ernstfall erhalten und daheim aufbewahren (Kosten 7 Mio.). In diesen Radius gehört auch die Stadt Bern. Gemäss Zeitungsberichten sollen anfangs Dezember neu alle Bernerinnen und Berner Jodtabletten für den Ernstfall erhalten. Angesichts der weitreichenden Fragen für die Sicherheit der Bevölkerung ist eine politische Diskussion notwendig.

Der Gemeinderat wird gebeten dem Stadtrat in einem energie- und sicherheitspolitischen Atom-Bericht insbesondere dazulegen,

1. mit welcher energiepolitischen Strategie er u.a. im ewb-Verwaltungsrat den Auftrag der Gemeindeordnung im Rahmen der angelaufenen Diskussion für ein neues AKW, bzw. die unbefristete Betriebserteilung für Mühleberg umzusetzen gedenkt.
2. Welche Bilanz Bern bei seinem Engagement für den sparsamen Energieverbrauch und die Förderung effizienter alternativer Energieproduktionen zieht.
3. Wie sich der Gemeinderat im Interesse der Sicherheit der Bernerinnen gegen den Ausbau der Kernkraft, bzw. die unbefristete Betriebserteilung für Mühleberg einsetzen will.
4. Ob der Gemeinderat das neue Verteilen von Jod-Tabletten in der Stadt Bern für sinnvoll erachtet. (Warum wurde das bisherige Jod-Verteilkonzept (Verteilung über Poststellen) geändert und durch neue aufwändige Versände an alle Bewohnerinnen und Bewohner ersetzt; besteht ein Informationskonzept?; Gewährleistung des Datenschutzes? Erreichen von Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger, Städtische Sprachenvielfalt etc.)

28. Oktober 2004

#### *Begründung der Dringlichkeit:*

Die Dringlichkeit ergibt sich durch den Fahrplan, wie er in den Medien kommuniziert wurde: Die Jodtabletten sollen in diesem Dezember an alle Bernerinnen und Berner sowie später

auch an alle bernischen Arbeitsplätze verschickt werden. Bereits im November 2004 soll die Öffentlichkeit darüber informiert werden.

Bern, 28. Oktober 2004

*Postulat Natalie Imboden (GB), Michael Jordi, Simon Röthlisberger, Doris Schneider, Daniele Jenni, Catherine Weber, Martina Dvoracek, Annemarie Sancar-Flückiger*

*Die Dringlichkeit wird vom Stadtrat abgelehnt.*

**Interpellation Fraktion SP/JUSO (Beat Zobrist, SP): Verdrängung des Velos aus der Innenstadt: Wo bleiben die Velo-Parkplätze?**

Mit der Neugestaltung des Bundes- und Waisenhausplatzes wurden mehr Velo- als Autoparkplätze aufgehoben, obschon bereits zuwenig bezeichnete Veloabstellflächen zur Verfügung standen. Währenddem die Autoparkplätze mit dem Ausbau des Metro- und Casino-Parkhauses 1:1 ersetzt wurden, blieb es bei den Velo-Parkplätzen bei leeren Versprechungen. Keine der aufgehobenen Veloabstellmöglichkeiten wurden ersetzt, obschon das Metro-parking längst ausgebaut und in Betrieb ist. Schlimmer noch: Die Markierung der bestehenden Velo-Parkplätze lässt die Stadtverwaltung bis zur Unkenntlichkeit verbleichen (Beispiel: Neuengasse 8), so dass eine weitere diskrete, aber offenbar beabsichtigte Velo-Parkplatz-Verminderung vermutet werden muss.

Mündliche Anfragen bezüglich Status quo und bezüglich Velo-Parkplatz-Planung werden von der Verwaltung unterschiedlich, ausweichend oder überhaupt nicht beantwortet. Nicht einmal die genauen Zuständigkeiten sind transparent.

Wir erinnern den Gemeinderat daran, dass er in der Antwort auf das Postulat (131/2003) von Oskar Balsiger (SP) versprach, in der ganzen oberen Innenstadt die wegfallenden Veloparkplätze zu ersetzen und deren Gesamtzahl zu erhöhen. Da zwischen Worten und Taten ganz offensichtliche Unterschiede auszumachen sind und bezüglich Velo-Parkplätzen in der oberen Altstadt eine an Unklarheit nicht mehr zu überbietende Situation entstanden ist, bitten wir den Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele markierte Veloabstellplätze standen in der Oberen Innenstadt (Perimeter: Aarbergergasse, Neuengasse, Spitalgasse, Schauplatzgasse, Bundesplatz, Bärenplatz, Waisenhausplatz) vor der Neugestaltung von Waisenhaus- und Bundesplatz bereit und wie viele Velos wurden mangels bezeichneter Flächen angrenzend abgestellt?
2. Wie viele Velo-Parkplätze stehen im genannten Perimeter heute zur Verfügung?
3. Wie viele Veloabstellplätze plant der Gemeinderat im genannten Perimeter neu zu erstellen?
4. Warum werden bestehende Velo-Parkplätze zum Teil so lange nicht nachmarkiert, bis sie nicht mehr als solche zu erkennen sind?
5. Wie gedenkt der Gemeinderat die Velo-Parkordnung in der Oberen Altstadt während der nächsten 2 Jahre konkret umzusetzen?
6. Welche Verwaltungsabteilung hat die Federführung für Velo- und Motorrad-Abstellplätze?
7. Ist der Gemeinderat bereit, die Planung der Velo- und Motorradabstellplätze der Kommission für Planung, Bau und Verkehr PBV zur Kenntnis zu geben?
8. Ist der Gemeinderat bereit, die Stellungnahme der Fachstelle für Fuss- und Veloverkehr zur Planung der Velo- und Motorrad-Parkplätze gegenüber der PBV transparent zu machen?

Bern, 28. Oktober 2004

*Interpellation Fraktion SP/JUSO* (Beat Zobrist, SP), Stefan Jordi, Michael Aebersold, Peter Blaser, Markus Lüthi, Rosmarie Okle Zimmermann, Béatrice Stucki, Liselotte Lüscher, Rolf Schuler, Andreas Zysset, Margrith Beyeler-Graf, Oskar Balsiger, Andreas Flückiger, Ruedi Keller, Christof Berger, Thomas Götting, Walter Christen, Andreas Krummen, Miriam Schwarz, Raymond Anliker, Sylvia Spring Hunziker, Margareta Klein-Meyer, Sabine Schärer

**Interpellation Daniele Jenni (GPB): Was soll das?**

Nachdem die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am „Reclaim the Streets“-Fest vom 23. Oktober 2004 vom Monbijoupark her kommend ohne Zwischenfälle den Kornhausplatz erreicht hatten, wurden sie dort von Polizeieinheiten angegriffen und teils in die Grabenpromenade, teils über die Kornhausbrücke getrieben. Die Verfolgung, begleitet durch Gas- und Gummischroteinsätze, wurde über den Viktoriaplatz, die Greyerzstrasse, den Nordring, die Lorrainestrasse und weiter zurück in die Innenstadt fortgesetzt.

Der Gemeinderat wird höflich gebeten, darüber Auskunft zu geben, was diesen Einsatz ab Kornhausplatz motivierte und was sich die politische und operative Leitung der Stadtpolizei, und über sie der Gemeinderat, eigentlich davon versprach.

*Begründung der Dringlichkeit:*

Da weiterhin ein ausgewiesenes Bedürfnis nach festlichen Veranstaltungen im öffentlichen Raum besteht, ist es im Interesse der Rechtssicherheit auch dringend notwendig, zu erfahren, welche Überlegungen in diesem Zusammenhang einer Polizeitaktik zugrunde liegen, die für Uneingeweihte mit der Vernunft allein nur schwer erfasst werden kann:

Bern, 28. Oktober 2004

*Interpellation Daniele Jenni (GPB)*, Catherine Weber, Doris Schneider, Martina Dvoracek, Christof Berger, Corinne Mathieu, Ruedi Keller, Béatrice Stucki, Miriam Schwarz, Simon Röthlisberger, Annemarie Sancar-Flückiger

*Die Dringlichkeit wird vom Stadtrat abgelehnt.*

**Kleine Anfrage Urs Jaberg, Christoph Müller (FDP): Wohnen in Bern: Fachstelle als Machstelle...?**

Unsere Anfrage bei der Fachstelle Wohnen:

„Wie ist der aktuelle Stand der Planung Schönberg Ost?“

Antwort der Fachstellen-Leiterin:

„Erkundigen Sie sich beim Landeigentümer...!“

Diese Antwort veranlasst uns zu folgenden Fragen:

1. Versteht sich die Fachstelle wirklich als Dienstleistungsbetrieb für Bauwillige?
2. Nimmt die Fachstelle ihren Auftrag wirklich wahr?
3. Hat sie ein Pflichtenheft, so wie das in der überwiesenen Motion FDP: Bezeichnung einer/eines Verantwortlichen für die städtische Wohnpolitik 188/99 verlangt wurde? Wenn Ja, was ist der Inhalt, wenn Nein, warum nicht?

Bern, 28. Oktober 2004

*Kleine Anfrage Urs Jaberg, Christoph Müller (FDP)*, Markus Kiener, Ueli Haudenschild, Rolf Häberli, Heinz Rub, Markus Blatter, Mario Imhof, Hans-Ulrich Suter, Hans Peter Aeberhard, Jacqueline Gafner Wasem

**Schluss der Sitzung: 22.30 Uhr.**

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin: *Margrit Stucki-Mäder*

Der Protokollführer: *Matthias Uhlmann*